

Die Implosion des CDU-Staats

Eine Zwischenbilanz

„Tangentopoli“ – von tangenti, Schmiergelder – hieß in der italienischen Öffentlichkeit schon früh die Affäre, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Gefolge staatsanwaltlicher Korruptionsaufklärung das Parteiensystem des Landes durcheinanderwirbelte und zum Untergang der Democrazia Cristiana ebenso wie der von ihr dominierten Ersten Republik führte.

Gewiß, Deutschland ist nicht Italien und die CDU keine Democrazia Cristiana. Das deutsche Tangentopoli bleibt auch im dritten oder vierten Monat „brutalstmöglicher Aufklärung“ (Roland Koch) namenlos. Aber läßt sich überhaupt begreifen, was sich da abspielt, solange das Stück nicht einmal seinen Titel hat? Parteispendenaffäre? Harmloser geht es kaum. Was da unter dem gefälligen Etikett „Spenden“ gehandelt wird, beschäftigt mittlerweile Staatsanwaltschaften und Untersuchungsausschüsse als Verfassungs- und Gesetzesbruch, als Fälschung von Finanzberichten, Führung schwarzer Konten, Geldwäsche, Belügen der Öffentlichkeit...

Wer eine erste Bilanz ziehen will, stößt auf mehr Fragen als Antworten, auf Chancen, die „handhabbar“ gemacht, und Risiken, die präziser bezeichnet werden müssen.

Wir haben eine Reihe namhafter Persönlichkeiten aus Politik-, Rechts- und Sozialwissenschaft zu klärenden Stellungnahmen eingeladen. – D. Red.*

* Der Einladung waren einige Fragen beigefügt, deren Beantwortung die Mehrzahl der folgenden Beiträge mittelbar strukturiert. Verkürzt lauten sie: 1. Ist die CDU noch zu retten? – 2. Muß man die CDU um der „politischen Statik“ der Bundesrepublik willen verteidigen? – 3. Muß/darf der Bundestagspräsident die CDU schonen, um die Existenz dieser Partei nicht zu gefährden? – 4. Rücktrittsforderungen gegen Johannes Rau – Ablenkungsmanöver oder ernster zu nehmen? – 5. „Nach Hessen“: Welche Sanktionen gegen „Doping“ im Wahlkampf gibt es, welche sollten eingeführt werden? – 6. Ist „der Parteienstaat“ insgesamt diskreditiert? Zeit, ihn zu überwinden? – 7. Zeit, sich von der Bonner Republik zu befreien? Bewußte Umgründung als eine „Berliner Republik“, die mit Bonn bricht?

Ein Hinweis aus gegebenem Anlaß: Orthographisch respektieren wir beim Abdruck die Präferenz der Autorinnen und Autoren, soweit diese sich eindeutig als „Altschreiber“ oder „Neuschreiber“ zu erkennen geben. Vgl. das „Toleranzedikt“ der „Blätter“ anläßlich der Rechtschreib-Umstellung der deutschen Nachrichtenagenturen zum 1. August 1999, „Blätter“, 9/1999, S. 1152. – D. Red.

Sabine Berghahn Demokratie unter Generalverdacht?

Als politisches Schauspiel zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die abgrundhaften Dynamiken der Parteiendemokratie und die Tragikomik öffentlicher Personen hatte die CDU-Spendenaffäre durchaus ihre unterhaltsamen Qualitäten. Weniger vergnüglich sieht es aus, wenn man nach der Zukunft der Union und den Folgen für das demokratische Bewußtsein und Wahl-

verhalten der Bürgerinnen und Bürger fragt. Die CDU wird sich hoffentlich unter dem Druck der Affäre personell und strukturell reformieren, denn in der politischen Balance der Richtungen wird sie noch gebraucht. Die hohen Rück- und Strafzahlungen werden die Partei aber auf eine harte Probe stellen und – wie das fast immer so ist – langfristig die Unschuldigen härter treffen als die Schuldigen, die einfach abtreten und sich ins Privatleben zurückziehen. Der Zorn der einfachen Parteimitglieder und unteren Funk-

tionäre, denen von ihren gewählten Anführern das Geld ins Ausland entzogen wurde, damit nicht die „Begehrlichkeiten“ der Parteigliederungen geweckt würden, müßte eigentlich viel größer sein. Denn da ist ja herausgekommen, daß man der Basis – nach bisheriger Darstellung – legal zustehendes Geld vorenthalten hat, um es nach autokratischer Manier mal hier mal da zugunsten von „oben“ protegierter Personen in den politisch-ökonomischen Kreislauf einzuspeisen.

Echte Sorgen muß man sich um die demokratische Kultur in deutschen Landen machen. Die Affäre hat alle Vorurteile über korrupte Politiker und Politikerinnen – auch einige Damen haben hier offenbar mitgewirkt – bestätigt. „Politik ist ein schmutziges Geschäft“ – wer jemals selbst Parteiarbeit gemacht oder es nur unternommen hat, Flugblätter auf volkreichen Plätzen unter die Leute zu bringen, dem wurde dieser Satz allzuoft entgegen geschleudert. Demgegenüber lag das Bestreben der politischen Bildung stets darin, das Differenzierungsvermögen der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und ihnen Kriterien gegen diesen Pauschalverdacht an die Hand zu geben – ein Bestreben, das durch Skandale wie den aktuellen allzu leicht völlig obsolet gemacht wird.

So ist der Parteienstaat insgesamt diskreditiert und es dürfte Anstrengungen in allen Fraktionen kosten, um die Demokratie aus dem Generalverdacht zu befreien, hier bedienten sich die Vertreter des Volkes nur raffinierter selbst als in anderen Systemen. Besonders in Ostdeutschland ist die Affäre Wasser auf die Mühlen von Zeitgenossen, die die Symmetriethese vertreten, daß nämlich das ost- und das westdeutsche politische System in etwa gleich schlecht waren, nur mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen. So gerät die Spendenaffäre der CDU für viele zur Bestätigung ihrer Ablehnung der ihnen angeblich aufgezwungenen „westdeutschen Parteiendemokratie“, gleichzeitig versteht man im Osten oft gar nicht, was eigentlich so schlimm daran sein soll, wenn jemand zum Wohl der Partei, notleidender Gliederungen derselben oder zur Rettung der Leuna-Arbeitsplätze

Spendengeld angenommen und am Kasernenbericht vorbei gelenkt hat. Das Verständnis für den Sinn des Grundgesetz-Artikels 21 über die innere Ordnung der Parteien, der nicht umsonst vorsieht, daß die Parteien über „Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“ müssen, ist hier allzumal unterentwickelt. Aber es hat auch in Westdeutschland lange gebraucht und mehrerer Verfassungsgerichtsurteile bedurft, um die Gefahren von Machtmißbrauch via Parteienfinanzierung zu erkennen.

Immerhin ist der Skandal zum Skandal geworden, das läßt hoffen, daß heilsame Konsequenzen gezogen, notfalls öffentlich erzwungen werden. Vorschläge von den hessischen Grünen liegen ja bereits auf dem Tisch. Ein befristetes Politikverbot für ertappte Spendenjongleure könnte in Verbindung mit der bereits existierenden Sanktion der vervielfachten Rückzahlung der öffentlichen Parteiensubventionen vielleicht ein zugkräftiges Mittel gegen weiteren Mißbrauch sein.

Dr. Sabine Berghahn ist Privatdozentin am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin und derzeit Vertretungsprofessorin an der Fachhochschule Lausitz in Cottbus.

Wilfried von Bredow Simple Storys oder Kurzfristiger Einbruch des Doppelstandards

Einige delikate Details liegen noch im Dunkeln, aber insgesamt sind es ja doch nur *Simple Storys*: Machtbesitz, selbst solcher auf Zeit, macht attraktiv für Zuwendungen, denn die fallen auf potentiell fruchtbaren Boden. Machtbesitz, gerade solcher auf Zeit, macht auch gierig auf Zuwendungen, und wenn sie zudem gewissermaßen im Mitnehmen eingeheimst werden können, dann um so besser. Daß das jetzt gern so genannte „System Kohl“ im bühenwirksamen Fallen den Vor-

Kleine Chronik der CDU-Spendenaffäre

Am 4.11.1999 erläßt das Amtsgericht Augsburg Haftbefehl gegen den früheren CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Er wird verdächtigt, 1991 1 Mio. DM erhalten und nicht versteuert zu haben. Einen Tag später stellt sich Kiep der Justiz, der Haftbefehl wird gegen Kautionsaussetzung. Der als Zeuge geladene Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch sagt aus, die Million sei nicht an Kiep, sondern als Parteispende auf ein Treuhandkonto der CDU geflossen.

Am darauffolgenden Tag berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, der Waffenhändler Karl-Heinz Schreiber habe den fraglichen Betrag im August 1991, in Anwesenheit von Kiep, an Weyrauch übergeben. Grund für die Spende sei die Hilfe Kieps bei Panzergeschäften gewesen. Der ehemalige CDU-Generalbevollmächtigte Uwe Lühje macht am 12. November erstmals Angaben zum Verbleib der Million. Das Geld sei aufgeteilt und versteuert worden. Er selbst habe 370 000 DM erhalten.

Am 22. November beschließen die Fraktionen von SPD und Grünen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Parteispenden und Waffenhandel“ zu beantragen. Acht Tage später räumt Helmut Kohl „Fehler“ im Finanzbereich während seiner Amtszeit als Parteichef ein und spricht von „getrennter Kontenführung“. Am 16. Dezember gibt der Ex-Kanzler in einem Fernsehinterview zu, zwischen 1993 und 1998 rund 1,5 bis 2 Mio. DM an Spenden für die CDU angenommen zu haben, die in keinem Rechenschaftsbericht verzeichnet wurden. Die Namen der Spender will er nicht nennen, er beruft sich auf sein „Ehrenwort“.

Am 22. Dezember findet eine Krisensitzung des CDU-Präsidiums statt, an der Kohl nicht teilnimmt. Geschlossen fordert das Präsidium ihn auf, die Namen der bislang anonymen Spender zu nennen.

Sieben Tage später gibt die Staatsanwaltschaft Bonn bekannt, daß sie ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten werde und zwar wegen des „Anfangs-

verdachts einer Untreue zum Nachteil der CDU-Bundespartei“.

Wolfgang Schäuble gesteht am 10. Januar 2000, eine Bar-Spende von Schreiber entgegengenommen zu haben, die auch keinen Eingang in den Rechenschaftsbericht gefunden hat.

Der ehemalige hessische CDU-Chef Manfred Kanther gibt auf einer Pressekonferenz am 14. Januar in Gegenwart seines Nachfolgers Koch bekannt, daß der Landesverband 1983 8 Mio. DM in die Schweiz gebracht habe. Die Gelder stammten somit nicht aus Vermächtnissen jüdischer Emigranten, wie der ehemalige hessische CDU-Schatzmeister Prinz Wittgenstein behauptet hatte, sondern, nach der neuen Lesart, aus dem Parteivermögen. Im weiteren Verlauf der Affäre muß Koch zugeben, daß nicht 8, sondern 18 Mio. DM in die Schweiz transferiert wurden. Und er räumt weitere Zahlungen von „schwarzen Konten“ an die hessische CDU ein.

Am 7. Februar berät das hessische Wahlprüfungsgericht, ob der Ausgang der letzten Landtagswahl wegen der Schwarzgeldaffäre überprüft werden muß. Die Entscheidung wird auf den 3. März vertagt.

Einen Tag später gesteht Roland Koch eine „Dummheit“. Er habe während eines Pressetermins am 10. Januar Einnahmen des ehemaligen Schatzmeisters Prinz Wittgenstein als regulär bezeichnet, obwohl er wußte, daß es sich um Schwarzgeld handelte. Auch habe er (am 21. Dezember 1999) der nachträglichen Deklaration von Schwarzgeld als Darlehen des Prinzen an die CDU zugestimmt. SPD und Grüne sowie der FDP-Bundesvorsitzende Gerhardt fordern Koch zum Rücktritt auf, die hessische FDP hält aber weiterhin an ihrem Regierungspartner fest.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse entscheidet am 15. Februar, daß die CDU wegen ihres fehlerhaften Rechenschaftsberichts für das Jahr 1998 41,35 Mio. DM Bundeszuschüsse zurückzahlen muß. Die CDU will gegen diesen Bescheid klagen.

Am 16. Februar kündigt Schäuble seinen Rückzug von seinen Ämtern des Fraktionsvorsitzenden und Parteichefs an.

Zusammengestellt von Mirjam Hauck.

hang von einer ganzen Reihe finanzieller Transaktionen außerhalb der Legalität wegrißt, ganz und gar unfreiwillig natürlich, kann man vielleicht als späte, aber irgendwann eben doch unvermeidliche Konsequenz seines entscheidenden Konstruktionsfehlers deuten, nämlich jenes demokratischen Zentralismus und bürokratischen Personenkults, der sich auf das Rückgrat von Personen und auf die Satzungsmäßigkeit von Institutionen à la longue verheerend auswirkt. So verheerend, daß sogar das Unrechtsbewußtsein verlorren geht. Und das ist eigentlich das Minimum, das man erwarten möchte.

Dann schon lieber, denkt man manchmal, ein bißchen sozialdemokratischen Filz, da sind die Dimensionen nicht gleich so groß, daß die Schaden- und Empörungsfreude in den Himmel wachsen; und die hemmungslose Heuchelei auch nicht.

Noch einmal: Die Politik ist ein Bereich, in dem trotz aller Anstrengungen zur Transparenz Macht- und Geldgeschäfte heimlich miteinander verquickt werden. Die Menschen (nicht etwa nur: „die Politiker“) sind so. Das ist nicht schön, dagegen muß etwas getan werden. Es werden also Sanktionen geschaffen für wenn's rauskommt. Wenn man die Gesetze verletzt, geht man das Risiko ein, bestraft zu werden, in der Politik und anderswo. Und wenn, was gar nicht so selten passiert, nur meistens weniger spektakulär, etwas herauskommt, in der Politik, steigt die allgemeine Empfindsamkeit und das Risiko derjenigen, die sich hier trotzdem auf so etwas einlassen, steigt ebenso. Die Politiker sind dann etwas vorsichtiger, so wie Autofahrer auf der Autobahn die Geschwindigkeitsbegrenzung eine Weile peinlich genau einhalten, nachdem sie an einer Unfallstelle vorbeigebraust sind. Lange pflegt das nicht vorzuhalten.

Aus dem CDU-Konten-Skandal läßt sich viel lernen, beispielsweise daß höchste Kontenverschiebungs-Professionalität mit lausiger Menschenkenntnis koexistieren kann (wer einen Geldkoffer von einem Schreiber nimmt, dem wird das auch angeschrieben), daß ein politisches Denkmal wie Kohl selbst am demokratischen Pranger noch gedankenlose Anhänger zu

ein bißchen geschmacklosen Beifallsstürmen verleiten kann. Oder daß die innerparteiliche „Aufklärung“ solcher illegaler Finanzpraktiken die undankbarste politische Rolle schlechthin ist.

Und die Folgen für das Gemeinwesen? Sie sind insgesamt eher gering zu veranschlagen. Für die Bundesregierung hat sich eine Atempause ergeben, unerwartet und zu einem günstigen Zeitpunkt. Nun wird sie es packen und sich 2002 in aller Gemütsruhe wieder die Mehrheit sichern können. Der sogenannte Parteienstaat wird ein bißchen an die Kandare genommen, aber ob ihn das wirklich zügelt, ist zu bezweifeln. Die CDU wird eine Durststrecke durchmachen – schade um ein paar ihrer guten Leute, die demnächst „verbrannt“ sein werden. Das allgemeine Mißtrauen gegen „die Politik“ oder, wie es etwas mißverständlich heißt, die „politische Klasse“ ist durch den Skandal zwar kurzfristig auf neue Spitzenwerte gerückt. Mittel- und langfristig bleibt es aber da, wo es hingehört: im oberen Bereich, aber doch nicht so stark ausgeprägt, daß die Öffentlichkeit ernsthaft in Politikverdrossenheit verfallen würde. Schließlich darf man auch den Unterhaltungswert der skandalösen Vorgänge nicht unterschätzen.

Und aufgeklärter als die etwas tantenhaften Verfasser von Lehrbüchern der politischen Bildung und treuen Wilhelm Hennis-Leser sind die meisten Bürgerinnen und Bürger sowieso. Sie wissen, wie es bei Eintracht Frankfurt zugeht und bei Clintons oder Jelzins. Sie kennen die Doppelstandards des öffentlichen Lebens, lesen „Bild“ oder FAZ und glauben niemandem kein Wort.

Dr. Wilfried von Bredow ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg.

Wolfgang Fach Könige mit (nur) einem Körper

Aufregung braucht eine Perspektive, sonst wird sie schnell steril. Im konkreten

Fall reicht der Zusammenhang, den es zu beachten gilt, bis ins frühe Mittelalter zurück.

Im damaligen England herrschte das Dogma von den „zwei Körpern des Königs“ (E. Kantorowicz). Einmal war da sein physischer, ausgesetzt allen Risiken und Defekten der Natur. Ein König konnte für seine Aufgabe zu alt oder zu jung sein; Debilität mochte ihm ebenso zu schaffen machen wie Leichtsinns; vielleicht hatte er kriminelle Neigungen oder mit dem Alkohol zu kämpfen. Doch was diesem natürliche Leib/Geist auch zu schaffen machen mochte – im rechtlichen Sinne geheilt wurde der Mangel durch des Königs politischen Körper.

Dieser war eine juristische Fiktion: ein ideeller Körper, den man nicht sehen oder anfassen konnte, der zusammenfiel mit dem Amt und als vollkommen galt. Aus Prinzip gab es daher keine amtlichen Verfehlungen – was immer ein König als König entschied, mochten die Leidtragenden sich noch so wundern oder grämen, wurde fraglos hingenommen.

Das ging, so lange es eben ging. Irgendwann war der königliche Zauber verfliegen; seine Untertanen, am Hofe oder draußen im Lande, akzeptierten nicht mehr einfach, was ihr Souverän für sie beschlossen hatte. Andere Souveräne folgten – und beanspruchten dieselbe Aura. Rousseau erklärte den politischen Körper des Volkes für perfekt; wer aufmuckte, riskierte sein Leben und gab besser klein bei: *Vox Populi, Vox Dei*. Hegel billigte diesen entrückten Status dem modernen Staat zu – mochte der real noch so verkrüppelt sein, für seine Bürger war er sakrosankt.

Die modernen Parteien dagegen müssen damit leben, eine natürliche Existenz und sonst nichts zu haben. Keine Fiktion hat ihnen je den Zauber der Idealität verliehen. Sie sind immer nur, was sie sind: schäbig, schmutzig, schwatzhafte, schal. Gut genug für „Funktionen“, aber ohne „Amt“ und Aura. Der Parteienstaat ist eine Notunterkunft, es gibt ihn, weil das Politische im Massenzeitalter sonst heimatlos wäre – weder prächtige Paläste noch heimelige Hütten taugen als Herberge.

Wir ertragen Parteien. Aber verhimmeln? *Vox Dei*? Nicht einmal *Vox Populi*.

Parteien sind nicht schlechtere „Könige“, sondern Könige mit (nur) einem Körper. Gerade weil sie von keinem Ideal gedeckt werden, müssen diese Mängelwesen die Mängel sorgfältig verbergen. Wenn das Geheimnis ihrer Defekte ans Licht kommt, sind alle schockiert, heucheln Entsetzen, erklären sich für „verdrossen“ und fordern „brutalstmögliche“ Konsequenzen.

Doch hier setzt eine schützende Dialektik ein: die Stärke der Schwäche. Idealierte Potentaten, ob König, Volk oder Staat, haben stets mit dem Risiko gelebt, daß sie an ihren Idealen auch gemessen und dann für schlecht befunden werden. Was im schlimmsten Fall den Kopf kosten konnte. Parteien schlafen ruhiger – wo es nichts Besseres gibt, bleibt alles beim alten. Hinter Kohl wartet Koch, Gabriel löst Glogowski ab, irgendein Sozi hat Schleußer beerbt. Zwar dreht sich das Karussell manchmal gar zu schnell, kaum ist einer aufgesprungen, wird er auch schon wieder abgeworfen. Aber soviel ist gewiß: Wenn Hinz geht, kommt Kunz, und beide sind von „der Partei“.

Dr. Wolfgang Fach ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Leipzig.

Iring Fetscher Bewährungsprobe der Republik

1. Die CDU muß sich selbst retten. Am angemessensten „von unten nach oben“: von den Mitgliedern aufwärts bis zum Landes- und Bundesvorstand bzw. Präsidium. Darüber hinaus muß sie ihre innere Struktur so verändern, daß Vorkommnisse wie in den letzten Monaten nie mehr möglich sind.

2. Eine Partei wie die CDU – eine moderat konservative, soziale und bürgerliche Partei ist in der Bundesrepublik Deutschland nötig. Ein „Ersatz“ für die CDU ist nicht in Sicht. Eine erneuerte CDU ist für alle Parteien und die Statik der Bundesrepublik erforderlich.

3. Der Bundestagspräsident sollte seinen Ermessensspielraum – moderat – nutzen. Eine Existenzbedrohung für die CDU besteht allerdings bei den bisher diskutierten Rückzahlungsaufgaben und Einbehaltungen von staatlichen Zuwendungen (noch) nicht.

4. Die CDU muß sich – um ihrer Glaubwürdigkeit willen – vor allem von der „Methode Kohl“ trennen und deutlich machen, daß sie künftig keinen Patriarchen mehr an ihrer Spitze haben will.

5. Die Düsseldorfer Landesbank- und Flugaffäre ist mit den Finanzierungstricks der CDU und der persönlichen Geldverteilung durch den ehemaligen Bundeskanzler Kohl (hinter dem Rücken seiner Partei) nicht zu vergleichen. Sie bleibt allerdings bedauerlich, weil sie offensichtlich den Bundespräsidenten daran hindert, ein klärendes, kritisches Wort zu sprechen.

6. Die schwarzen Kassen, die der hessischen CDU zur Finanzierung ihres Wahlkampfes gedient haben, genügen nicht, um das Resultat der Wahl hinfällig zu machen. Der Aufwand für die Wahlpropaganda beider großer Parteien war ungefähr gleich hoch. Nur, wenn die CDU – durch die schwarzen Gelder ermöglicht – einen weit höheren Betrag für ihre Wahlwerbung zur Verfügung gehabt hätte, könnte man deshalb die Wahl anfechten.

Bedauerlich bleibt, daß die FDP sich so sehr zu einem willfähigen Mehrheitsbeschaffer für die CDU herabgewirtschaftet hat, daß ihr ein Koalitionswechsel ebensowenig möglich erscheint wie die Zustimmung zur Selbstauflösung des hessischen Landtages. Obgleich die FDP bei Neuwahlen vermutlich zulegen würde, bleibt Frau Wagner voller Nibelungen-treue ihrem Koalitionspartner verbunden. Eine selbstbewußte Partei der Bürgerrechte hätte schon anläßlich des CDU-

Wahlkampfes mittels „Volksbefragung“ über Ausländerrechte Widerstand leisten und die Koalitionsaussage korrigieren müssen.

7. Eine Rückkehr vom „Parteienstaat“ zur Honoratiorendemokratie ist – in einer entwickelten modernen, postindustriellen Gesellschaft nicht mehr möglich. Die Stellung des Wählers/der Wählerin kann jedoch dadurch gestärkt werden, daß zum einen die Institution des Volksbegehrens und des Volksentscheides – vorsichtig formuliert – eingeführt wird. Die verbreitete Meinung, die Weimarer Republik sei an zu starker Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler durch Artikel 73 der Verfassung zugrunde gegangen, war schon 1949 unzureichend begründet, inzwischen ist sie – angesichts fortgeschrittener Reife der Bevölkerung – vollends unberechtigt.

Zum anderen sollte man die von Theodor Eschenburg 1963 vorgeschlagene Regelung durch an alle Wahlberechtigten verteilte Gutscheine überdenken, Gutscheine, die sie an die Partei ihrer Bevorzugung – oder aber auch an gemeinnützige Institutionen wie das Rote Kreuz oder Amnesty International – verschicken können, die allein befugt sind, sie beim Finanzamt einzulösen.

Schließlich sollten die Wahlkampfaufwendungen der Parteien – wie in den USA, aber besser durchgesetzt – begrenzt werden, damit die – zur Zeit stark verminderte – Bedeutung der Parteimitglieder für die rational begründete Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger wieder relevanter wird.

8. Die sogenannte „Berliner Republik“ tut recht daran, ein verbessertes Modell der „Bonner Republik“ anzustreben. Sie unterscheidet sich schon seit 1990 (also vor dem Umzug nach Berlin) dadurch, daß das Land völlig souverän ist und daß die Abgrenzung vom östlichen politischen System keine ausschlaggebende innenpolitische Rolle mehr spielt. Die Bundesrepublik – ihre Politikerinnen und Politiker wie ihre Bürgerinnen und Bürger – müssen sich jetzt erst wirklich als reife Demokraten bewähren. Das heißt, sie sind nunmehr ganz allein für ihre innere und

äußere politische und wirtschaftliche „Verfaßtheit“ und Handlungen verantwortlich.

Dr. Iring Fetscher ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Sozialphilosophie an der Universität Frankfurt a. M.

Martin und Sylvia Greiffenhagen Wachsende Orientierungslosigkeit

Der größte Schaden, den man aus den gegenwärtigen CDU-Skandalen für die Zukunft der politischen Kultur befürchten muß, liegt nach unserer Einschätzung in einer wachsenden politischen Orientierungslosigkeit. Helmut Kohl hat durch seinen Führungsstil ein durch die Geschichte der CDU genährtes Verständnis der Partei als Selbstzweck weiter befestigt. Die Gefahr, daß diese schlimme Tradition des Prinzips „Macht um jeden Preis“ fortgesetzt wird, ist gerade nicht gebannt, wenn es heute allein um die Frage geht, „wer es jetzt machen kann“. Statt finanzieller Skrupellosigkeit tauchen im Gerangel und Gerede um Nachfolge und Elitenaustausch andere Unbedenklichkeiten und Rücksichtslosigkeiten auf, welche die Kumpeltradition der Kohlianer fortsetzen. Kein Mensch interessiert sich heute noch für inhaltliche Fragen, so daß mit der Nachfolge weder alte politische Orientierungen (wie z.B. sozial-, liberal- oder nationalkonservative Positionen) erkennbar noch längst überfällige neue Programmdiskussionen angepackt werden. Auf diese Weise bleibt alles beim alten, und gerade das kritisierten die Wähler ja mit ihrer Bundesabwahl der CDU. Das Prinzip „jung, unbelastet und durchsetzungsfähig“ beherrscht alle Diskussionen; und Personen, die unter diesen Kriterien gehandelt werden, stehen vor allem für Flexibilität im Dienste politischen Ehrgeizes. Grund für die Schwächung der Partei sind somit nicht ideologische Zer-

reißproben, sondern der Verdruß der Bevölkerung an inhaltslosem Machtstreben. Einen empirischen Hinweis darauf liefern Umfragen, denen zufolge der Kompetenzzug für die CDU alle Politikfelder gleich kräftig betrifft. Nachdem die Finanzskandale mehr oder weniger aufgeklärt wären und ein neues Finanzgebaren dem Art. 21 entspräche, bliebe dessen erster Satz „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ von der CDU uneingelöst: angesichts ihrer Repräsentanten und politischen Aktionen, die weder inhaltliche Überzeugung noch Richtung erkennen lassen. Dieses Urteil würde zeitlich mit den mancherlei Versuchen zu Neuorientierungen der SPD zusammenfallen und sich zu dem Eindruck verdichten, alles sei denkbar und am Ende auch möglich. Anstatt sich z.B. an dem für alle Parteien dringend nötigen Diskurs über taugliche Kriterien für soziale Gerechtigkeit zu beteiligen, würde die Bevölkerung sich nur noch in der Rolle des Zuschauers bei einem Politkrimi gefallen, wie gegenwärtig. Wie man weiß, zeigt die Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten immer weniger eine unbedingte Parteitreu, sondern orientiert sich zunehmend an politischen Sachfragen. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese vernünftige Entwicklung gestoppt würde zugunsten eines oberflächlichen Interesses an einem Machtgerangel, bei dem niemand mehr weiß, welche Personen für welche politischen Ziele stehen.

Von den CDU-Skandalen absolut zu trennen ist eine neue Empfindlichkeit hinsichtlich privater Inanspruchnahmen von Beförderung, Bewirtung und Bedienung im Zusammenhang mit dem politischen Amt. Die Bevölkerung war lange Zeit bereit, einem für das öffentliche Wohl von morgens bis abends tätigen Politiker dafür einen gewissen Spielraum zuzubilligen, solange er sich nicht persönlich bereicherte. Hier hat sich seit den Zeiten von Strauß, Späth und Süßmuth ein Wandel vollzogen. Im Zuge einer alle Lebensbereiche betreffenden Demokratisierung wächst bei Bürgern und Bürgerinnen eine Sensibilität, die auf strikte Trennung von

Beruf und Amt auf der einen und privaten oder parteipolitischen Nutzungen und Vorteilen auf der anderen Seite besteht. Deshalb macht es Sinn, wenn ein Politiker *heute* sagt, er hätte sich gewisse Großzügigkeiten *damals* nicht leisten sollen, und um Entschuldigung dafür bittet. Das ist aber kein Grund zum Rücktritt, sondern sollte als Zeichen sich ändernder moralischer Standards respektiert werden.

Dr. Martin Greiffenhagen ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

Dr. Sylvia Greiffenhagen ist Professorin für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule Nürnberg.

Richard Herzinger Mißtrauen ist die Quelle der Tugend

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik erscheint es denkbar, dass eine ihrer großen Gründerparteien – zumindest in ihrer jetzigen Form – von der politischen Bildfläche verschwindet. Der Schock sitzt tief – nicht nur in der CDU, sondern in der ganzen politischen Klasse. Denn damit platzt eine Lebenslüge, die alle etablierten Parteien eifrig kultiviert haben: Dass sie für das demokratische Leben der Bundesrepublik unentbehrlich seien. Diese Illusion gründet auf der Vorstellung, es handele sich bei ihnen nicht um freiwillige gesellschaftliche Zusammenschlüsse auf Zeit, sondern um so etwas wie fest institutionalisierte Körperschaften der staatlichen Ordnung.

Ihr Unersetzlichkeits-Bewusstsein trieb bei den großen Volksparteien die Zwangsvorstellung hervor, sie müssten alles demokratische Leben kontrollieren und immer mehr gesellschaftliche Kräfte an sich binden. Als Folge davon wurden die Parteiprogramme immer verwaschener, die Unterschiede zwischen den politischen Blöcken verschwammen. Damit einher ging die Verselbstständigung einer Führungselite, zu deren einzigem wirkli-

chen Glaubensgrundsatz es wurde, den Laden im Dienste des Machterhalts um jeden Preis zusammenzuhalten und möglichst reibungslos zu verwalten. Die CDU hat sich im Zuge des Modernisierungsprozesses, dem sich die Partei seit Ende der 70er Jahre unterzog, bis zur linken Mitte hin geöffnet. Sie wollte jetzt gleichzeitig liberaler als die Liberalen, sozialer als die Sozialdemokraten und umweltbewusster als die Grünen erscheinen. Jedoch ohne ihre nationalkonservative Stammklientel zu verprellen und ihre Attraktivität für das rechts-autoritäre Wählermilieu zu verlieren. Auf Dauer führte das zu einer Überdehnung, aus der heraus die Partei jetzt zu implodieren droht.

Die Demokratie und ihre Institutionen sind aber nicht identisch mit den bestehenden Parteien, und daher ist die „Statik der Demokratie“ nicht in Gefahr, wenn sich die Parteienlandschaft verändert. Obsolet geworden ist aber der paternalistische Habitus, mit dem die Parteien dem einfachen Bürger „draußen im Lande“ entgegenzutreten pflegten. Die gegenwärtige Krise beinhaltet eine Chance: Dass die Politik aus ihrer strukturellen Verquickung mit dem staatlichen Apparat in den zivilgesellschaftlichen Konkurrenzkampf der Ideen zurückkehrt.

Doch die Debatte über die Finanzaffäre nimmt einen typisch deutschen Verlauf: Fragen demokratischer Kontrolle von Macht werden in ein Lamento über den allgemeinen Moralverfall verwandelt und damit entpolitisiert. Aus Furcht vor dem Gespenst des „Rechtspopulismus“ werden diesem erst die Argumente geliefert. Etwa durch das Gerede über die Stärkung plebiszitärer Elemente als angebliches Heilmittel gegen die Korruption. Die Konsequenz aus dem CDU-Skandal sollte aber die Festigung der Prinzipien der repräsentativen Demokratie sein, nicht ihre Diskreditierung. Statt sich der romantischen Illusion von der Politik als dem Ausdruck eines ganzheitlichen Volkswillens und der Sehnsucht nach Übereinstimmung von Macht und Moral hinzugeben, sollte das Bewusstsein für die funktionale Arbeitsteilung demokratischer Institutionen und für die Be-

deutung demokratischer Öffentlichkeit geschärft werden: Misstrauen, nicht Vertrauen ist die Quelle institutionalisierter demokratischer Tugend! Aus dem Parteienstaat muss eine Parteiendemokratie werden. Das bedeutet eine striktere Trennung von Parteien und Staat. Die Einschränkung von Parteispenden ist dabei der falsche Weg. Die Parteien sollten im Gegenteil weniger öffentliche Gelder erhalten und sich um ihre Finanzierung ohne Einschränkungen selbst kümmern dürfen. Mit der Pflicht zur vollständigen Offenlegung ihrer Finanzquellen.

Eine wirkliche Erneuerung der CDU würde über eine politisch-programmatische und weltanschauliche Grundsatzdebatte führen: Wofür steht heute eine konservative Partei? Eine derartige geistige Anstrengung ist von den deutschen Konservativen aber kaum zu erwarten. Die CDU will sich retten, indem sie auf den Überdruss-Effekt am Dauer-Spendenskandal setzt und, sobald sich der Rauch ein wenig verzogen hat, weitermacht wie bisher: als prinzipienloser Verteilungsapparat staatlicher und öffentlicher Macht. Einige ihrer Anführer versuchten sich gar darin, die Öffentlichkeit mit beispielloser Dreistigkeit an die Lüge zu gewöhnen. Eine solche CDU aber wäre es nicht wert, gerettet zu werden.

Dr. Richard Herzinger arbeitet als Literaturwissenschaftler und Publizist in Berlin.

Hans Joas Politische Moral – gegen ihre Liebhaber verteidigt

Helmut Kohl hat seine Kanzlerschaft mit dem Versprechen einer geistig-moralischen Wende angetreten. Von ihr war in der Folgezeit durchweg wenig zu spüren. Dieser Befund ergab sich schon, als wir alle von den finanziellen Strukturen des „Systems Kohl“ und der ganzen Heuchelei des langjährigen Kanzlers noch nichts

wußten. Die Kohl-Regierung konnte unzweifelhaft auch deshalb so lange im Amt bleiben, weil sie Reformen aller Art und Richtung eher aufschob als in Angriff nahm und die sich aus der Gesellschaft herausbildenden Tendenzen des Wertewandels eher hinnahm als zu beeinflussen versuchte. Der Vergleich mit Margaret Thatcher macht den konfliktvermeidenden und defensiven Charakter von Kohls Politik drastisch deutlich.

Trotz dieses Verzichts auf die großspurig angekündigte moralische Wende konnte es scheinen, als hätte die CDU die Moral gepachtet. „Law and order“ – von Tony Blair zu Recht als „a labour issue“ bezeichnet – wurde in Deutschland durch Manfred Kanther repräsentiert. Wer in Deutschland eine Remoralisierung der Politik in Anlehnung an Blair und die amerikanischen Kommunitaristen fordert, prallt leicht an einer verbreiteten Abwertung des Moralischen ab. Auf der einen Seite stehen die, für die Politik ohnehin nichts anderes ist als Interessenpolitik. Dazu gehören viele Linke mit verschwimmenden, aber untergründig weiter wirksamen Vorstellungen von Klassenkampf – aber auch diejenigen, die es für selbstverständlich erklären, daß die Inhaber politischer Ämter keine anderen Ziele haben, als Macht zu akkumulieren und diese Ämter zu behalten. Wer so denkt, wird es überzeugend finden, daß ein Gesetzesverstoß, wenn er nicht der privaten Bereicherung dient, sondern dem Interessenkampf, moralisch untadelig ist. Die Abwertung des Moralischen in der Politik aber ist auch dort zu finden, wo Selbstverwirklichung und Verteidigung von Identität die Wahrnehmung des Politischen verzerren. Es ist an der Zeit einzugestehen, daß dies auch ein Erbe der 60er Jahre und ihrer sozialen Bewegungen ist – von dem sich die Grünen schrittweise und mühevoll lösen mußten, das aber auch die SPD ganz gegen ihre Tradition beeinflusst hat. Der verbreitete Spott über Hans Jochen Vogels moralische Akribie kann dafür als Indikator dienen.

Der Schock über die Enthüllungen hat das CDU-Monopol in Moralfragen gebro-

chen. Der scheinheilige Augenaufschlag Kohls auch in dieser Lage und seine unsägliche Berufung auf ein Ehrenwort gegen die Gesetze zwingen uns dazu, die ganze jüngere Geschichte unseres Landes neu zu durchdenken. Wie bei der Watergate-Krise in den USA kann dieser Schock zwei ganz verschiedene Ergebnisse zeitigen. Es kann der Zynismus gestärkt werden, der immer schon keinen Platz für Moral in der Politik sah. Dies wäre eine Katastrophe für die Demokratie. Doch es kann auch umgekehrt zur moralischen Reinigung kommen. Sie muß beginnen mit der Verabschiedung von Personen aus dem politischen Leben, die nur zugeben, was ihnen restlos nachgewiesen ist. Aber sie muß weitergehen in der Form institutioneller Erneuerung. Die Annullierung der hessischen Landtagswahlen könnte den moralischen Schock auf die politische Ebene heben. Die Gewißheit, daß Verstöße wie diese in Zukunft dieselbe Konsequenz haben werden, könnte die Moral in Recht und politischen Sachzwang übersetzen. Wir brauchen kein Ende der „Bonner Republik“ oder des Parteienstaats oder der CDU – wohl aber eine Remoralisierung der Politik im Sinne eines Drucks der empörten Bürgergesellschaft auf die demokratischen Institutionen. Für den ersten Schritt kann ironischerweise die von Schwarzgeld finanzierte, demagogische Unterschriftenkampagne der hessischen CDU zum Ausländerrecht das Vorbild sein: Wir brauchen eine Unterschriftenkampagne zur Auflösung des hessischen Landtags!

Dr. Hans Joas ist Professor für Soziologie und Nordamerikastudien an der FU Berlin, zur Zeit Universität Uppsala/Schweden.

Otto Kallscheuer Äpfel und Birnen

Sind die bundesdeutschen CDU-Schwarzgeld-Skandale zu vergleichen mit dem ita-

lienischen *tangentopoli*? Nun, vergleichen – das haben wir aus diversen Historikerdebatten wohl gelernt – kann man alles miteinander. Man sollte vergleichen – eben um die Unterschiede festzustellen: Birne ist Birne – und Äpfel sind Äpfel.

1. Das „System Kohl“ ist (war?) ein personalpolitisches Akkumulationsmuster der Machtkonzentration des gewichtigen Vorsitzenden der omnipräsenten Volkspartei – und die paar Millionen „Bimbes“ in der Schwarzkasse waren hier bestenfalls ein Nebeneffekt (Kriegskasse für Sonderaufgaben oder Portokasse für Ad-hoc-Engpässe). Innerparteiliche Netzwerke, durch das Amtsscharisma der Dauer (gekonntes „Aussetzen“) sich vermehrende Regierungsmacht und gute persönliche Freundschaften in der Wirtschaft sind das Machtmaterial, aus dem Kohls politische Karriere gestrickt ist. Medium und Botschaft: Verlässlichkeit und Vertraulichkeit unter Männerfreunden, laß das Helmut mal machen.

2. Das bißchen Kohl-Schwarzgeld (2 Mio. DM über fünf Jahre verteilt – bei 50 Mio. DM ausgewiesenen jährlichen Ausgaben der CDU-Bundespartei, in Wahljahren noch weitaus mehr) war Öl in der Maschine, aber wohl nicht Wesen und Wahrheit von des Kanzlers Macht: diese residierte im kleinen Kreis der Küchen-, Koalitions-, Kanzler-Runde (Wilhelm Hennis). Wir werden ja sehen, ob die Neue Berliner Szene der Schröder/Fischer-Crew am Ende bessere, transparentere, moralisch glaubwürdigere Regulierte Medien entwickelt.

3. Nun zum Vergleich: Die italienische „erste Republik“ war zwar ganz gewiß eine *partitocrazia* (eine „Parteibuch-Herrschaft“ der Ämter- und Gelderverteilung). So gestern das Kampfwort unbeugsamer Staatsanwälte der sauberen Hände und heute der Populisten von links und von rechts, von Ex-Ermittler Di Pietro bis zum Haider-Double Bossi. Aber: Die *Democrazia Cristiana* war eben keine Staatspartei – im Sinne des deutschen Leibholzschens „Parteienstaats“, eher schon eine Koalition aus diversen regionalen Machtzentren und zerstrittenen Richtungs-Lobbys.

Es gab sogar ein eigenes Manuale, das „Cencelli-Handbuch“, um bei jeder neu auftretenden Regierungskrise zu berechnen, wieviel Minister, Staatssekretärsposten, Staatsholdingsvorsitzende usw. in einer Koalition der DC mit anderen Parteien „der linken oder rechten Mitte“ den einzelnen *correnti* zustanden. Und da sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse häufig änderten, gab es alle Nase lang eine „Regierungskrise“, wenn sie nicht im Vorfeld durch Posten-Umverteilungen (sogenannte *rimpasti*) „gelöst“ wurden – grosso modo war das Regierungspersonal (die „politische Klasse“) freilich immer dasselbe: *sempre la stessa minestra*.

4. Denn die eigentlichen Parteiführer in der DC waren die *capo-correnti*, mächtige Häuptlinge von Partei-„Strömungen“ (der *dorotei*, *morotei*, *base*, *forze nuove*, vom „Golfstrom“ usw.) und Regionalfürsten: Diese verfügten über kostspielige lokale Stimmenpools – und mußten umgekehrt die Interessen ihrer Klientel vor Ort (zumeist in Gestalt öffentlicher Aufträge oder Stellen) befriedigen, um an der innerparteilichen Machtbörse weiter mitpokern zu können. – Übrigens: Bei den Sozialisten, dem „Mitte-links“-Juniorpartner der DC seit den 60er Jahren, sah es bald ähnlich aus – jedenfalls bevor Bettino Craxi dann das Niveau der illegalen Geldquellen und das Maß seiner innerparteilichen Macht als nahezu absoluter Monarch perfektioniert hatte. Dann waren auf einmal auch die Regierungen stabil. Es gab sieben Andreotti-Regierungen – aber die am längsten währende Regierung war das erste Craxi-Kabinett.

5. Abgesehen von direkter Bestechung oder der in Sizilien und bestimmten Regionen Kampaniens und Kalabriens unbestreitbaren Konditionierung durch die lokale Mafia: Das mittlerweile gerichtsnotorische Finanzierungssystem der Christdemokraten und Sozialisten durch *tangenti* aus der Privatwirtschaft bedeutete nichts anderes als eine nicht erklärte, aber obligatorische politische „Steuer“ (eine bis zu 30%-Abgabe auf jedes Bauinvestitionsvolumen), zu zahlen an die lokalen oder regionalen Parteifürsten, die sich

dann durch Investitionen oder sonstige Wohltaten der öffentlichen Hand erkenntlich zeigten. Etwa 55 Mrd. DM sollen allein im Jahrzehnt vor Craxi (1976 bis 1986) auf diesen illegalen Wegen an die Parteien geflossen sein.

6. Ihre Stabilität erhielt die italienische Christdemokratie als *partito-società*, als de-facto-Koalition aus gesellschaftlichen Milieus und Klientel-„Familien“, von außen: Wegen der Unmöglichkeit einer kommunistischen Regierungsbeteiligung herrschte in Italien ein „unvollkommen bipolares Parteiensystem“ (Giorgio Galli). Das außen- und sicherheitspolitische Fehlen einer Alternative machte Italien zur *democrazia protetta*: zur Demokratie unter Kuratel. Die Souveränität Italiens und der DC als der „nationalen Partei“ *par excellence* war doppelt begrenzt: zum einen durch die USA als Vormacht der westlichen Allianz – und dann durch das jahrzehntelang als innen- wie kirchenpolitisches Credo von allen Kanzeln verkündete Dogma von der parteipolitischen „Einheit der Katholiken“.

7. Die italienische DC fiel nach dem Ende des Kalten Krieges ohne das *sistema tangenti* auseinander. Die deutsche CDU steht nach dem Auffliegen (einiger) ihrer dunklen Quellen – gewiß – in einer ernsthaften Glaubwürdigkeits- und Führungskrise, aus der es keinen billigen und kurzfristigen Ausweg gibt (und nicht geben sollte). Einen Wegfall der CDU – deren große Leistung schließlich auch am Fehlen einer deutschen Haider-, Le-Pen-, oder Bossi-Partei gemessen werden muß – dürfen aber nicht einmal ihre politischen Gegner wünschen.

8. Und was kommt nach der Volks-, Milieu-, Integrationspartei? Wie sieht „danach“ – nach dem reinigenden Gewitter, nach den nächsten Schlammschlachten – der künftige historische Kompromiß von Christentum, Kapitalismus und Demokratie parteipolitisch aus? Nach dem rheinisch-kapitalistischen Sozialstaat, mit dem immer weniger schleichenden Ende der Volkskirche(n), nach der (klein-)bürgerlichen wie Arbeiterfamilie, im Europa der neo(sozial)liberalen „Neuen Mitte“

und populistischen Neuen Rechten, mit der neuen Flexibilität als Leittugend von New Labour und der Berliner Republik? Die Fragen gehen nicht an die CDU allein.

Dr. Otto Kallscheuer ist derzeit Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Gießen.

Arno Klönne „Aufklärung“ als Vernebelung?

Die schwarzen Kassen von CDU-Politikern und die Flugleidenschaft von SPD-Politikern haben zu einer teils wehleidigen, teils pathetischen Debatte über die „Krise der Parteiendemokratie“ geführt, die von der politischen Klasse, soweit ihre Mitglieder nicht selbst beschädigt wurden, mit der beruhigenden Feststellung abgeschlossen werden kann, um eine Staatskrise handele es sich glücklicherweise nicht, und auch die Parteien seien in Zukunft zur sauberen Buchführung fähig. Als Neuerung im politischen Ritual bleibt gewiß, daß politisches Führungspersonal sich beim Publikum regelmäßig entschuldigt, und zweifellos wird es an weiteren Gelegenheiten dazu nicht fehlen. Die Praktiken, die dank des Forschungseifers (und – nicht zu vergessen – des Wettlaufes um Auflagenhöhe und Einschaltquote) der Massenmedien enthüllt wurden, sind bei näherem Hinsehen nicht so sensationell, wie sie scheinen: Wen erstaunt es denn, daß Unionspolitiker sich bei der „Rettung Deutschlands“ vor der „roten Gefahr“ auch verdeckter Finanzierungen bedienen – und daß SPD-Politiker, wenn sie zu nachhaltigem Erfolg auf der Ebene der Länder gekommen waren, mit Bank- oder anderen Unternehmen eine Symbiose eingingen? Verblüffend ist nur, daß die Interaktion von Politik und Geld in vielen Fällen so unprofessionell betrieben wurde. Seltsam ist, daß sich Repräsentanten der SPD und der Grünen nun solche Sorge darum ma-

chen, wie die CDU vor einer Existenzgefährdung geschützt werden könne. In Deutschland droht keine Haider-Partei, und im übrigen sollte es doch den Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten bleiben, über den Erhalt oder auch den Verfall einer bestimmten Partei zu entscheiden. Ohnehin ist anzuzweifeln, daß die derzeitige Aufgliederung der Parteiszene in der Bundesrepublik den Hauptströmungen gesellschaftspolitischer Ideen und Interessen noch entspricht; ein informelles Parteienkartell steht der demokratischen Willensbildung im Wege.

Die derzeit in Mode gekommenen Selbstreinigungsentwürfe der Parteien, die diese finanziell wieder „ehrlieh“ machen sollen, stellen meines Erachtens Antworten auf eine Frage dar, die sich in Zukunft kaum noch stellen wird. Der Sache nach soll es ja darum gehen, Parteipolitiker vor der Korruption durch hochvermögende wirtschaftliche Akteure zu bewahren; aber weshalb hätte es denn, so wie die Machtverhältnisse sich inzwischen entwickelt haben, auf weitere Sicht die große Unternehmenswirtschaft noch nötig, die Politik zu „bestechen“? Der Staat wird, um den gegenwärtigen Bundeskanzler zu zitieren, auch ohne Nachhilfe durch illegale Spenden „keine Politik gegen die Wirtschaft“ mehr riskieren wollen.

Selbstverständlich ist es richtig, daß die „vierte Gewalt“ den Politikern auf die möglicherweise geldgierigen Finger schaut. Aber die nun ablaufende Skandalisierung von Politik, massenmedial als Softkrimiserie dargeboten, hat zum Ergebnis eine Entpolitisierung. Der Blick auf die Bimbestransporte und die Flugfreuden lenkt ab von den folgenreichen Entscheidungen, die jetzt in der Politik und Ökonomie der Bundesrepublik vollzogen werden, so vor allem der Neudefinition der Militärpolitik und dem (steuerpolitisch begünstigten) Umbruch der Kapitalverwertung von der Produktions- in die Finanzsphäre. So könnte sich am Ende die vielgerühmte „Aufklärung“ als systemisch hervorgebrachte Vernebelung erweisen. Die rot-grüne Bundesregierung kann zu-

frieden sein; die finanzmoralische Thematisierung von Politik hat ihr aus einem Loch in der Gunst des Wahlvolkes herausgeholfen und zugleich die Opposition in den eigenen Reihen ruhiggestellt, im Zuge des öffentlichen Themenwechsels.

Dr. Arno Klönne ist emeritierter Professor für Soziologie an der Gesamthochschule Paderborn.

Jürgen Kocka Historische Folgen

1. Die gegenwärtige Krise macht deutlich, was Parteien alles *nicht* können. Weder verdanken wir die Aufdeckung der Affären ihrem Gegeneinander im Spiel von Koalition und Opposition, noch reicht ihre Selbstreinigungskraft, um die nötige Aufklärung zu schaffen. Sie sitzen offenbar zu sehr in einem Boot. Entscheidend waren und sind vielmehr die Medien, die öffentliche Meinung, die Justiz. Man sieht, wie wichtig es ist, daß der Bereich der Institutionen, die nicht durch Parteien mediatisiert werden können, stark bleibt und gestärkt wird. Nicht die Schwächung der Parteien ist das Ziel, sondern die scharfe Begrenzung ihres Tätigkeitsbereichs. Geht das mit den Parteien?

2. In den letzten 150 Jahren sind die Parteien aus privaten Vereinen zu öffentlichen Organen geworden. Ihre Erwähnung im Grundgesetz, ihre zunehmende Alimentierung aus öffentlichen Mitteln, die fast krakenhafte Ausdehnung ihres Einflusses überall hin, ihre Normierung durch Parteiengesetz waren Schritte auf diesem Weg, der noch nicht zu Ende gegangen ist und nicht zu Ende gegangen werden darf, wenn denn Parteien nicht ganz aus Organen der Zivilgesellschaft zu Instituten des Staats werden sollen. Die jetzige Krise wird diesen Prozeß weiter vorantreiben, und zwar durch die Schärfung der Beurteilungskriterien, die für ihr Verhalten gelten. Was Individuen und Unternehmen im ganz oder halb privaten

Bereich häufig tun – geheime Depositen im Ausland, vertrauliche Transaktionen, Loyalitätssicherung durch Gaben, Leistung und Gegenleistung auf Ehrenwort –, ist für Parteien heute anders als für Parteien früher nicht mehr akzeptabel. Dies wird durch diese Krise klarer als je. Das System Kohl entstand in einem älteren Stadium unserer Parteiengeschichte, heute wirkt es anachronistisch und illegitim.

3. Eine Krise der Republik, eine Abwicklung des Parteienstaats? Es sei erlaubt, für Augenmaß zu werben. Was als Gebrechen des Systems aufgedeckt wird, läßt sich mit Mitteln des Systems bekämpfen. Rechtsbrüche sind zu ahnden, Rechtsvorschriften künftig zu schärfen. Mit ökonomischen Mitteln politischen Einfluß zu nehmen, ist weder vermeidbar noch illegitim, solange das Gesetz respektiert wird und die Transparenz groß genug ist. Dafür läßt sich sorgen. Bei Spitzenpolitikern sind Privatleben und öffentliche Funktion keineswegs immer leicht zu trennen: die Feier ihres Geburtstags als eines öffentlichen Fests zeigt mindestens so sehr die Enteignung ihres Privatlebens wie die Anmaßung öffentlicher Mittel für den privaten Zweck. Im historischen Vergleich dürfte weniger das Ausmaß der geschehenen Schiebereien als vielmehr das Maß der Energie ungewöhnlich sein, mit der sie derzeit aufgedeckt und bekämpft werden. Ob es gelingt, ist nicht sicher. Wenn es gelingt, hat die Republik eine Probe bestanden.

Dr. Jürgen Kocka ist Professor für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin.

Ekkehart Krippendorff Neue Partizipationschancen

In einer „Zwischenbilanz“ zum jetzigen Zeitpunkt werden nur die allgeringsten und damit inhaltsleersten Voraussagen von Bestand sein – zum Beispiel, daß „nichts mehr so sein wird, wie es einmal

war“ mit dem deutschen Parteienstaat. Denn das ist das Aufregende an dieser Saison, daß fast alle innenpolitischen Orientierungsparameter ins Rutschen gekommen zu sein scheinen – und es auch tatsächlich sind. Fast alle tapen im Dunkeln der politischen Lagebeurteilung, die durch eine selbstverliebte Formulierungsrhetorik der Kolumnisten kaschiert wird. Dabei scheint mir eine bittere Wahrheit am Anfang jeder weiteren Reflexion stehen zu müssen: Zumindest mittelfristig werden – bei einem sprunghaft auf etwa ein Drittel angestiegenen Anteil potentieller Nichtwähler, d.h. derer, die sich von „der Politik verabschieden“, die aus der Republik „aussteigen“ wollen – alle Demokraten dieses Landes die Verlierer sein, auch wenn wir uns kurzfristig an einer legitimen Schadenfreude gütten dürfen: Der Lack ist ab von den Herren Kohl und Kanther, von einer selbstgerechten politischen Klasse, der man nie ihre moralische Nichtswürdigkeit und rechtsstaatliche Heuchelei so eindrucksvoll hat nachweisen können, wie sie sich jetzt fast von selbst enthüllt. Daß die sozialdemokratischen Landesfürsten mit ihrer staatlichen Selbstbedienungsmentalität ohne jegliches amtsethische Gewissen dagegen Waisenkinder sind, macht sie qualitativ auch nicht gerade besser.

1. Was Amtsethik sein kann und normativ sein sollte, aber offensichtlich selbst der Meinungsöffentlichkeit inzwischen fremd geworden ist, weil wir uns an die institutionalisierte Korruption der Ämter als Parteiprüden gewöhnt haben (zu beobachten bei jeder Regierungsbildung auf welcher Ebene auch immer), das macht die geradezu archaisch klingende Episode deutlich, an die ein Leserbrief in der SZ kürzlich erinnerte. Es geht da um ein Gespräch zwischen Charles de Gaulle und André Malraux; der hatte de Gaulle nahegelegt, statt immer die mühsame Autofahrt von Colombey-les-deux-Eglises nach Paris zu machen, einen Hubschrauber zu nehmen. Darauf de Gaulle: „Wie soll ich das mit meinem Gehalt bezahlen?“ Darauf Malraux: „Sie haben viele Freunde, die geehrt wären, Ihnen auszuhelfen.“ Darauf de Gaulle empört:

„Wissen Sie, Malraux, niemand, hören Sie, niemand würde es wagen, dem General de Gaulle jemals einen solchen Vorschlag zu machen.“ Was für Lichtjahre liegen zwischen einer solchen Haltung und der kleinkarätigen Vorteilsnahme der heutigen Politfunktionäre, wo immer sich ihnen eine Gelegenheit bietet, ob klein oder groß. De Gaulle hatte offensichtlich noch so etwas wie Standes- und Staatsbewußtsein, hatte „Klasse“, einen Sinn für die Würde des Amtes, hielt es anscheinend nicht für selbstverständlich, da „reich zu werden“, sondern schien zu wissen, daß der Preis der Macht unter Umständen auch darin besteht, (relativen) ökonomischen Verzicht zu leisten. Die (deutsche?) Öffentlichkeit scheint gar nicht mehr in der Lage zu sein, eine solche Amtsethik noch einzufordern – sie ist, wenn die Meinungsumfragen nicht täuschen, zynisch geworden, sie sieht in solchen Vorgängen eher Kavaliersdelikte als eine Verletzung der öffentlichen, der politischen Sphäre. Wenn die politische Publizistik und die politische Wissenschaft es nicht als eine von ihnen in letzter Zeit sträflich vernachlässigte Aufgabe erkennen, statt sich mit realpolitischen Analysen – auch durchaus kritischen – zu begnügen, in der Politik wieder normative Kriterien einzuklagen und damit jene Erziehungsarbeit der Öffentlichkeit, der demokratischen Bürgerschaft, zur Urteilsbildung zu leisten, dann versinkt die Republik weiter im Sumpfe des Zynismus, und es wird gleichzeitig das Feld bereitet für rechte Populisten, die das Anti-Establishment-Potential nicht zuletzt mit pervertierten Moral-Appellen und Anti-Korruptionskampagnen mobilisieren.

2. Aus dieser Perspektive schlage ich vor, auch die Frage zu beantworten, ob der Bundestagspräsident, in dessen Entscheidungsgewalt es fällt, die Höhe des laut Parteiengesetz zu verhängenden finanziellen Strafmaßes zu bestimmen, die CDU aus „staatspolitischen“, d.h. stabilitätspolitischen Erwägungen schonen sollte. Zwar ist es zweifellos richtig – wurde aber gerade von der Linken seit Jahren mit guten Gründen immer wieder denunziert –, daß CDU und CSU das rechte Wählerpotential integriert, gleichzeitig

aber eben auch systematisch bedient, wenn nicht sogar kultiviert und mobilisiert haben: jüngst noch in der schlimmen „Hessenwahl“. Das mag der Bundesrepublik einen Haider erspart haben, aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das rechte Potential wurde nicht offensiv durch aufklärerische Meinungs- und Urteilserziehung der Wählerschaft bekämpft und zurückgedrängt. Jetzt die CDU mit eben diesem Stabilitäts- und Integrationsargument zu schonen, wäre das, was man einen Bärenienst nennt. Dabei stünde der Sozialdemokrat Thierse in einer schlimmen (wenn man will: tragischen) Tradition, nämlich der „staatspolitisch verantwortungsvollen“ Rettung der (Weimarer) Republik vor den radikalen (linken, revolutionären) Demokraten, was ihr die bürgerliche Rechte dann wie bekannt gedankt hat ... Nein: Jede opportunistische Verbiegung des Parteiengesetzes öffnet geradezu eine weitere Bresche für das Eindringen anti-parteienstaatlicher Ressentiments von rechts, wäre ein – auch durchaus zutreffender – Beleg dafür, daß das Parteienkartell sein Macht- und Pfründenmonopol verteidigt. Es ist keineswegs eine ausgemachte Sache, daß eine finanziell ruinierte CDU tatsächlich von der politischen Bildfläche verschwindet. Aber jede Öffnung des erstarrten Parteiensystems wäre ein Sieg für die Demokratie im Sinne der Öffnung neuer Partizipationschancen – auch wenn nicht alles, was sich da zu Worte melden würde, angenehm in unseren Ohren klingen dürfte. Aber der Preis muß gezahlt werden.

Dr. Ekkehart Krippendorff ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin.

Christine Landfried Von der Parteien- zur Staatskrise

Der Korruptionsskandal ist das Symptom einer Krise des Parteienstaates. Die Dia-

gnose dieser Krise verlangt klare Begriffe. Wir haben es erstens mit Korruption und Fälschungen zu tun. Es ist eine Verniedlichung des Geschehens, wenn man Korruption als „Affäre“ und Fälschungen als „Fehler“ bezeichnet. Zweitens ist die staatliche Ordnung durch den übermäßigen Einfluß der Parteien in eine Krise geraten. Mit der Übermacht der Parteien in Bereichen, in denen sie nach der Verfassung keine Rolle spielen dürften, hängt zumindest teilweise ihre Ohnmacht bei der Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufgaben zusammen. Drittens zeigt sich in der gegenwärtigen Krise das Demokratiebewußtsein der Bürger. In der Öffentlichkeit und in den Medien findet das statt, was wir in den politischen Institutionen vermissen: Aufklärung, Kritik und Kontrolle.

Korruption ist der Mißbrauch eines öffentlichen Amtes oder Mandates zu privaten oder parteipolitischen Zwecken durch die Verletzung von Rechtsnormen. Politisches Handeln, das in diesem Sinne korrupt ist, kann nicht als Kavaliersdelikt oder als Affäre abgetan werden. Die Verbuchung von Geldern ungeklärter Herkunft als Kredit in einem Rechenschaftsbericht bedeutet eine Fälschung und nicht nur einen „Fehler“. Eine Wahl, die mit unlauteren Mitteln bestritten wird, ist nicht rechtmäßig. Ein Ehrenwort kann man nicht für gesetzwidriges Handeln geben. Die Ehre, auf der ein solches Ehrenwort basiert, nannte Ernst-Wolfgang Böckenförde zu Recht eine „Ganovenehre“.

Auf der Grundlage präziser Begriffe ergeben sich die Konsequenzen aus dem Geschehen fast von selbst. Für Verstöße gegen das Parteiengesetz und damit für den Mißbrauch eines öffentlichen Amtes müssen die im Gesetz vorgesehenen Strafen in voller Höhe gezahlt werden. Die Rechtsstaatlichkeit hört nicht bei einer Partei auf. In Zahlen bedeutet dies zum Beispiel, daß die CDU für den nicht korrekten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1998 öffentliche Gelder in Höhe von 41 Mio. DM zurückzahlen müssen. Fälschungen in einem Rechenschaftsbericht müßten ebenso politische Konsequenzen

haben wie eine unrechtmäßige Wahl. Ist das Ehrenwort Helmut Kohls als nicht existent zu betrachten, dann besteht eine Pflicht zur Nennung der Spender und der Spendenverwendung.

Angesichts dieser klaren Verhältnisse zeigt die geringe Lernfähigkeit eines Teils der CDU-Führung, daß die Verantwortung für rechtswidriges Verhalten nicht hinreichend übernommen wird. Dieser Mangel an Lernfähigkeit kann als Folge der Entwicklung der Bundesrepublik zu einem Parteienstaat interpretiert werden.

Die Kritik am Parteienstaat ist nichts Neues. Es wäre jedoch an der Zeit, die in Wissenschaft und Öffentlichkeit geübte Kritik an der Machtausdehnung der Parteien in Taten umzusetzen. Es liegen eine Reihe von Vorschlägen wie die Begrenzung von Amtszeiten und die Einführung direktdemokratischer Elemente auf dem Tisch. Das Ziel aller Reformen müßte es sein, die Lernfähigkeit und die Handlungsfähigkeit der politischen Eliten zu stärken. Schon über die Auswahl der politischen Eliten wäre nachzudenken. Die Auswahl allein über die Parteien und ihre Gremien hat sich nämlich als nicht optimal erwiesen. Es müßte daher zusätzliche Verfahren zur Elitenrekrutierung geben.

Die Reformen der politischen Ordnung haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, das Vertrauen der Bürger in die Integrität der Politiker zurückzugewinnen. Mehr als 75% der Bürger in Deutschland wissen sehr genau, welche Merkmale ein demokratischer Staat besitzen muß. Der Politikwissenschaftler Hans-Dieter Klingemann bezeichnet es als bemerkenswert, daß die Bürger Demokratie als das verstehen, was sie auf der Basis theoretischer Annahmen sein soll (Citizens and the State, 1995). Das Mißtrauen, das ein hoher Prozentsatz der Bürger nach Meinungsumfragen seit vielen Jahren den Parteien entgegenbringt, ist ebenfalls ein Zeichen für das Demokratiebewußtsein des Volkes. Die Bürger beweisen mit ihrer Skepsis, daß sie den übermäßigen Einfluß der Parteien auf die Willensbildung und Entscheidungsfindung erkannt haben. In der jetzigen Situation müßten

auch die Parteien endlich begreifen, was die Bürger schon lange sehen: Die Gleichsetzung von Staat und Parteien hat zu einer Staatskrise geführt.

Dr. Christine Landfried ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Claus Leggewie Die reinigungsscheue Republik

Jörg Haider rettet die CDU, die Helmut Kohl in seinem Starrsinn zerstört hat. Eine politische Öffentlichkeit, die sich um die Republik Österreich bisher so gut wie überhaupt nicht gekümmert hat, aber jetzt feuilletonistisch Amok läuft, malt das Gespenst der „Verhaiderung Deutschlands“ an die Wand: Wenn die Union zu stark in Mitleidenschaft gezogen wird, heißt es, drohe eine Zersplitterung der immer nur locker gefügten Lager. Nur starke Kanzler und Wahlerfolge hätten die alten Sollbruchstellen zwischen Herz-Jesu-Sozialisten, Wirtschaftsliberalen und Nationalkonservativen übertüncht, die jetzt aufzureißen drohen. Tatsächlich? Vor allem die harte Rechte, für die Manfred Kanther ein Grund war, CDU zu wählen, ihr zu spenden und im System Kohl mitzumischen, wähnt man dann auf dem Absprung zur Eigenparteilichkeit. Täglich werden solche Abspaltungsphantasien in die Welt gesetzt, Meinungsumfragen sondieren Ausfransungen am rechten Rand, von einem deutschen Haider wird gemunkelt, als wolle man die zu vermeidende Entwicklung herbeireden. Cui bono? Die Unionsführung, die sich immer heilloser in ihre Konten und Lügen verstrickt, bekommt den Mitleidsbonus, Böcke von „Dummheit“ (Roland Koch) werden zu Gärtnern „brutalstmöglicher Aufklärung“ (dito). Und die Unionsparteien (deren eine, die Erben des FJS, noch gar nicht richtig ins Visier geraten ist) sollen um jeden Preis erhalten bleiben. Man sieht ih-

nen die paar Ungereimtheiten nach, erläßt ihnen die fällige Strafe fast ganz, um der politischen Statik willen reißt man sie nicht aus dem Untergrund der Bundesrepublik heraus.

So geht eine Republik zur Tagesordnung über, die Reinigung scheut und Veränderung verabscheut. Auch CDU-Gegner, darunter die regierende Koalition, wollen unter Hinweis auf die „objektiven“ Gegebenheiten der Union nicht allzu sehr am Zeug flicken – Verwarnung reicht, ein ausgeknockter Gegner kann nicht mehr mitspielen. Doch wenn schon objektive Gründe für den baldigen Wiederaufschwung der Union, dieses Fundament der Bonner Republik, angeführt werden, sollte man solche für ihren Niedergang nicht verschweigen. Gegründet wurde die Union 1945 zur Rekonstruktion des schwer kompromittierten Konservatismus, zur Institutionalisierung einer im Widerstand und in der inneren Emigration gewachsenen politischen Ökumene, zur Herbeiführung der nationalen Wiedervereinigung auf dem Weg über die Liberalisierung der Westzonen. Darin bestand die historische Mission der Union, die Ingeniosität dieser erfolgreichsten Parteineugründung aller Zeiten, auch die Größe einzelner Vertreter, zu deren Anerkennung sich auch Sozialisten, Liberale und Alternative im Lauf der Jahre als „Ade-nauer-Linke“ durchrangen.

Nun aber ist diese im Kalten Krieg geborene Mission erfüllt, und es dürfte der CDU/CSU nicht leichter fallen als ihren europäischen Schwesterparteien, die früher verschieden oder geschrumpft sind, sich neu zu erfinden. Zumal auch die innenpolitische Geschäftsgrundlage angegriffen ist: Die Union war Garant der politischen Säkularisierung und des interkonfessionellen Ausgleichs, das heißt sie pazifizierte zwei – auch regional ausgeprägte – Konfliktlinien und stellte die Bundesrepublik auf das Fundament einer „christlichen Leitkultur“ mit Quasi-Staatskirchentum. Auf diesem klerikalem Fundament stand die Bundesrepublik mehr, als sie ahnte, aber nun wohl nicht mehr.

Insofern wird auch, wer aus objektiven Gründen an der CDU/CSU hängt, Schwierigkeiten haben, mehr Gründe für ihre Erhaltung anzugeben als bloße Kontinuität. Ob auf der anderen Seite der „Spendenskandal“ eine nachholende Reinigungskrise und den 1990 verpatzten Übergang zur „Dritten Republik“ erlaubt, hängt von der politischen Generation ab, die aus dem Schatten der Flakhelfer heraustritt und sich auch von der rot-grünen Zwischensonne entfernt.

Vom Parteienstaat könnte man sich nur verabschieden, wenn man eine Alternative hätte. Aber „weiter so“ geht es auch nur, wenn wenigstens ein paar Lasten des Skandals abgetragen sind. Erstens: Steckte hinter den schwarzen Kassen handfeste Korruption? Zweitens muß Helmut Kohl sein Bundestagsmandat auf jeden Fall niederlegen. Und drittens sollte die hessische Landtagswahl wiederholt werden, weniger, weil der knappe Sieg Roland Kochs „erkauft“ war, als vielmehr wegen seiner plumpen Lüge vor dem Landtag.

Mit solchen keineswegs symbolischen Aktionen könnte sich die CDU ohne Haiderisierung ein Stück weit retten. Sie hat als Parteiorganisation immer noch weit stärkere Ressourcen als jede andere politische Kraft in Deutschland.

Dr. Claus Leggewie, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen, ist zur Zeit Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Peter Lösche **The Constitution is alive and well**

Natürlich ist die CDU noch zu retten, trotz aller sensationellen Enthüllungen und lauten Krisengeschreis, trotz allen penetranten Korruptionsgestanks und medialer Dramatisierungen. Die deutschen Christdemokraten sind nicht vergleichbar mit ihrer italienischen Schwester, der Democrazia Cristiana. Diese war aus deut-

scher Perspektive nie eine richtige Partei, sondern ein großer Zusammenschluß von sich selbst organisierenden und finanzierenden Klientelklüngeln, an deren Spitze ein politischer Häuptling stand, der für Pfründe und Patronage in staatlicher Bürokratie und Unternehmen sorgte. Als die Häuptlinge wegen persönlicher Korruption in Knast und Exil verschwanden, zerfiel die DC.

Im Unterschied dazu ist die CDU eine bundesweit organisierte Partei mit 625 000 Mitgliedern, 10 bis 15% von ihnen Parteiaktivisten, die entschlossen sind, aus den Kreis- und Landesverbänden heraus die Union zu revitalisieren. Allerdings: Auf Bundesebene ist zunächst das „System Kohl“ zu überwinden, diese Superseilschaft von 2 000 Getreuen des Altkanzlers; sind die Übergangfiguren wie Schäuble, Rüttgers und Rühe, die aus dem Schatten des Altparteivorsitzenden nicht hervortreten vermögen, im Generationswechsel abzulösen; muß die Union ihre Rolle als Oppositionspartei inhaltlich definieren und praktisch wahrnehmen. Eine gigantische Transformation, aber machbar.

Kein Zweifel: Nicht nur die CDU, alle Parteien, auch „der Parteienstaat“, haben Dreckfladen abbekommen, sind im Ansehen der Bürger auf einen Tiefpunkt gesunken. Es geht um die Wiederherstellung der Legitimation der Parteien und des Parteienstaates, denn diese können nicht einfach ersetzt, sondern nur verändert, reformiert werden. Dazu gehört, daß die Parteien sich aus jenen gesellschaftlichen Bereichen zurückziehen, in denen sie nichts zu suchen haben, dort also, wo es heute nach Filz müffelt wie im sozialdemokratischen Nordrhein-Westfalen. Nein, die Parteien sollten nicht mitreden, wenn es um die Bestellung des Gaswerkdirektors oder um die Beförderung des Studienrates zum Oberstudienrat geht – und zwar nicht aus moralischen Gründen nicht, sondern aus schlichtem Selbsterhaltungstrieb: Es gilt, zynische Parteienverdrossenheit zu kanalisieren, Vertrauen zurückzugewinnen.

In der Parteienfinanzierung wäre ein Schnitt zu machen: Ich schlage vor, eine unabhängige Kontrollkommission einzurichten, die auf die penible Einhaltung des Parteiengesetzes zu achten hätte, die über staatsanwaltliche Kompetenzen verfügen müsste, von sich aus jedem Verdacht nachrecherchieren könnte, Einsicht in alle Bücher und Konten der Parteien vom Kreis- bis zum Bundesverband bekäme. Ihre drei oder fünf Mitglieder könnten ähnlich den Bundesverfassungsrichtern gewählt werden, auf Vorschlag des Bundespräsidenten mit Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, also parteilich nicht einseitig. Sie würde die Rechenschaftsberichte prüfen und über die Verteilung staatlicher Mittel entscheiden. Eine Art Parteienpolizei? Es geht nicht nur darum, daß Schwarzkonten und Geldwäsche aufgedeckt werden, sondern daß die Legitimation der Parteien wiederhergestellt wird und das Gerücht, das Ressentiment „Die sind ja alle korrupt“ verstummen kann.

Im übrigen gilt heute für die Bundesrepublik, was ein amerikanischer Politikwissenschaftler auf dem Höhepunkt der Watergate-Krise formulierte: „*The Constitution is alive and well.*“ Denn der eigentliche Skandal der CDU-Finanzaffäre ist doch der, daß sich ein Altbundeskanzler mit seinem Ehrenwort über Gesetz, Verfassung und Rechtsstaat erheben zu können. An dem Punkt ist scharfe Kritik einhellig, von FAZ bis FR, „Bild“ bis SZ – und eben nicht nur beim „Spiegel“. Deutsche Journalisten machen bei Interviews im Fernsehen plötzlich keine innerliche Verbeugung mehr, sie haken vielmehr aggressiv nach. Ein Wettlauf investigativer Reporter ist zu bewundern. Die Kohlschen Begriffe „Ehre“ und „Pflicht“ decouvrieren sich selbst. Staatsanwaltschaften ermitteln. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben sich konstituiert. Unsere politische Kultur erweist sich als eine ausgesprochen demokratische.

Dr. Peter Lösche ist Professor für Politikwissenschaft, zur Zeit an der Johns Hopkins University in Bologna.

Wilfried Loth Implosion oder Qualitätssprung?

Man kann ja mal träumen. Von einer CDU-Führung, die einen notorischen Gesetzes- und Verfassungsbrecher, der sich auch noch demonstrativ parteischädigend verhält, nicht mehr in den Reihen ihrer Partei duldet, von einer CDU-Führung, die die Mittel des Rechtsstaats konsequent einsetzt, um solch parteischädigendem Verhalten ein Ende zu setzen. Von einer Koalition von Reformern (alten und jungen), die sich um Angela Merkel scharen, die einzige CDU-Politikerin, die im Umgang mit dem Schwarzgeldskandal bislang erkennbar Format gezeigt hat. Von einem Bundespräsidenten, der zurücktritt – nicht weil sein Verhalten als Ministerpräsident wirklich skandalös gewesen wäre, sondern weil er erkannt hat, daß er aufgrund seiner Mitverantwortung für das System Neuber/Rau nicht mehr in der Lage ist, das zu tun, wofür er angetreten ist und wozu man das Amt des Bundespräsidenten braucht: integrierend und orientierend zu wirken.

Die Wirklichkeit dürfte anders aussehen. Rau macht weiter und demonstriert mit beleidigter Leichenbittermiene, daß er nichts verstanden hat. Die SPD verpaßt im Schulterchluß um einen der ihren die Chance, sich gegenüber der konkurrierenden Volkspartei als Partei der Aufklärung und des Rechtsstaats zu profilieren. Die CDU bietet das Spektakel einer Partei, die trotz aller erkennbaren Aussichtslosigkeit immer weiter zu lavieren versucht und mit jeder öffentlichen Äußerung ihre Glaubwürdigkeit weiter beschädigt. Niemand wagt einen wirklichen Bruch mit der Vergangenheit, weil er damit rechnen muß, dabei auf der Strecke zu bleiben. Halbherzige Entschuldigungen werden zur Massenware, „rückhaltlose Aufklärung“ avanciert zum Unwort des Jahres, das nur noch Gelächter hervorruft, wenn es jemand in den Mund nimmt. Das Publikum wendet sich ab, angewidert und im Zorn.

Das wäre allerdings auch noch keine schlechte Nachricht. Was auf dem Programm steht, ist nicht Politik-, sondern Parteienverdrossenheit. Nicht nur Bonn, auch Berlin ist nicht Weimar. Hinter der Abwendung von den real vorfindlichen Politikern steht gerade keine Anfälligkeit für die großen Vereinfacher, sondern im Gegenteil ein sehr lebendiges Gefühl dafür, was Demokratie denn sein könnte. Die Durchstechereien werden als Anmaßung empfunden, die permanenten Versuche, sie rhetorisch zu übertünchen, als Beleidigung. Ob sich dieses Gefühl in neuen Bürgerbewegungen Bahn bricht, in einer unverdienten Wiederbelebung der FDP, einer unverhofften Stärkung der Bündnisgrünen oder am Ende doch in einer Erneuerung der Volksparteien, wird man sehen. Ein Zerfall der CDU steht jedenfalls nicht bevor; dafür sind unterschiedliche politische Ziele über den allumfassenden und einigenden Organisationspatriotismus hinaus zu schwach ausgeprägt.

Die neue Bürgerbeteiligung wird einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Republik markieren, dem Qualitätssprung der Ära Brandt/Scheel vergleichbar. Ihn mit dem Etikett des Übergangs zur Berliner Republik zu versehen, wäre allerdings begriffsstrategisch unklug. Bei dem affirmativen Bekenntnis zu Berlin schwingt die Abkehr von dem mit, was man an Bonn schätzen konnte: die Hinwendung zur politischen Kultur des Westens und die Integration in eine europäische Gemeinschaft. Diese in Frage zu stellen, steht nicht auf der Tagesordnung; darum würde die bewußte Absetzung von der Bonner Republik nur desorientierend wirken. Auch sollte man denjenigen keine billige Mitfahrgelegenheit verschaffen, die mit dem Ruf nach der Berliner Republik etwas ganz anderes wollen, die Wiederbelebung unseliger Traditionen des deutschen Machtstaats. Berlin ist Bonn und mehr: eine Republik, die durch die Erfahrung, daß man anmaßende Politiker bremsen kann, selbstbewußter geworden ist.

Dr. Wilfried Loth ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität/Gesamthochschule Essen.

Andrei S. Markovits Das konforme Deutschland

Unter den 22 stabilen Demokratien dieser Welt – neben den EU-Staaten und der Schweiz die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und Israel – findet sich kein einziges Land, das während der letzten zehn Jahre nicht von zumindest einem großen politischen Skandal erschüttert worden wäre.

Wie ich zusammen mit Mark Silverstein schon in einem 1988 veröffentlichten Buch (*The Politics of Scandal: Power and Process in Liberal Democracies*) ausgeführt habe, zählen Skandale zu den unvermeidlichen Nebenwirkungen einer jeden liberalen Demokratie. Skandale setzen ein Minimum funktionierender Öffentlichkeit voraus, die Fälle von Machtmißbrauch bekanntmachen und anprangern kann.

Der tiefere Grund eines jeden Skandals ist, trotz der Vielfältigkeit der Erscheinungsformen, im Prinzip gleich: ein Verstoß gegen prozedurale Regeln, welche Öffentlichkeit und Gemeinwohl vor jedweden Mißbrauch von Macht schützen sollen. Da Geld eines der gängigsten und innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dem ökonomischen Fundament aller liberalen Demokratien, das mit Abstand wichtigste Medium der Macht verkörpert, verwundert es nicht, wenn sich Machtskandale häufig um Zahlungen irgendwelcher Art drehen.

So gesehen ist *Kohlgate* ein klassischer Nullachtundfünfzehn-Skandal: Der Ex-Kanzler verletzte klar und eindeutig jene Regeln, die bestimmen, ab welcher Summe die Zahler von Parteispenden namentlich ausgewiesen werden müssen. Kohl unterließ diese gesetzlichen Bestimmungen aus einem einzigen Grund: seine persönliche Macht und die seiner Partei zu festigen und auszubauen. Daß der Gesetzesverstoß aus seiner Sicht gemeinnützigen Zwecken diene, ändert nichts an dem Tatbestand; es bleibt ein Gesetzesbruch.

Rechtsstaatlichem Verständnis zufolge heiligt der Zweck eben niemals die Mittel. Da dies eine der Hauptsäulen der Legiti-

mität liberaler Demokratien ist und weil die Logik der Machtausübung ins Gegenteil tendiert, wird es Skandale immer wieder geben. Warum also das ganze Getue um Helmut Kohl?

Bei Kohl handelt es sich um einen der bedeutendsten Politiker der modernen deutschen wie der europäischen Geschichte: Sieger in vier aufeinanderfolgenden Wahlen, in seiner Amtszeit als Kanzler nur von Bismarck übertroffen, der Politiker, unter dessen Führung die Vereinigung Deutschlands Wirklichkeit und der Beschluß zur Einführung einer einheitlichen europäischen Währung gefaßt wurde. Solche Kategorien machen einen Politiker zum *Staatsmann*. Bei unserer oft verklärten Betrachtung von Staatsmännern vergessen wir allerdings häufig, daß sie stets auch Politiker waren und sind.

Die Mutation vom Politiker zum Staatsmann setzt eine gewisse Amtszeit voraus. Haben sie ihre Funktion lange ausgeübt, denken Politiker wie Staatsmänner an ihr Erbe: die Geschichtsbücher. Das demonstrierte Richard Nixon ebenso wie Ronald Reagan und belegt derzeit in penetranter Art und Weise Bill Clinton. Und auch Helmut Kohl debattierte in seinen letzten Jahren als Bundeskanzler fast ausschließlich mit der Geschichte.

Nach 16 Jahren im Amt gewinnt Machtmißbrauch so etwas wie menschliche Züge. Man bewegt sich in einer Welt, die das Gefühl vermittelt, allmächtig zu sein. Demokratische Regeln werden sicherlich noch hochgehalten, aber die Möglichkeiten, sie zu umgehen, werden genutzt, ohne daß dies als amoralisch empfunden würde. Parlamentarische Demokratien kennen keine Beschränkung der Amtszeit, ein problematischer Umstand, da die Machtakkumulation in diesem politischen System durch die Verwicklung exekutiver und legislativer Gremien strukturell größer ist als in Präsidentschaftsdemokratien, wo diese Funktionen strikt getrennt sind.

Wir leben in bewegten Zeiten, in denen sich neue politische Konstellationen herausbilden. In solchen Epochen des Übergangs häufen sich politische Skanda-

le, aus einem einfachen Grund: Angesichts unsicherer Entwicklungen gewinnt Macht als Sicherheit vermittelnder Faktor zusätzliche Bedeutung. Im nachhinein hat es den Anschein, daß Skandale eine Zäsur im System oder der Politik eines Landes bewirkten. Ich sehe das umgekehrt: Skandale sind Symptome, niemals Ursachen einer Krankheit.

Das italienische *tangentopoli* war allenfalls ein Auslöser, der die Democrazia Cristiana implodieren ließ und das Parteiensystem durcheinanderwirbelte. Die DC zerfiel, weil ihr die Raison d'être, Bekämpfung und Eindämmung der Kommunisten, nach dem Zerfall der Sowjetunion abhanden gekommen war. Es handelte sich ohnehin nur um eine lose Allianz politischer Feudalherrscher, die unter der Flagge des Antikommunismus und eines politisierten Klerikalismus die Beute untereinander aufteilten.

Eine moderne politische Maschine, wie es die deutsche Christdemokratie seit Adenauers Zeiten ist, war die DC nie. Insofern sind die Zukunftsaussichten der CDU rosiger. Selbst wenn Helmut Kohl strafrechtlich belangt werden sollte, ein höchst unwahrscheinlicher Fall, wird die CDU nicht in Bedeutungslosigkeit versinken und auseinanderfallen. Wie Jimmy Carter nach Nixons Watergate kann die SPD eine Reihe fetter Jahre genießen. Aber dann wird sich die Christdemokratie zurückmelden – in der gewohnten Rolle als *big player* der deutschen Politik.

Dr. Andrei S. Markovits ist Professor für Politik und Soziologie an der University of Michigan, Ann Arbor.

Mohssen Massarrat Parteienstaat in der Sackgasse

Der Finanzskandal der CDU ist für sich genommen ein besonderes Phänomen, er wirft ein Licht auf die innerparteiliche Demokratie der CDU und legt ihre offensicht-

lich patriarchalischen Denk- und Kooperationsstrukturen offen. Im gesellschaftspolitischen Gesamtzusammenhang gesehen ist der Skandal jedoch symptomatisch dafür, dass der Parteienstaat am Ende seiner kreativ-gestalterischen Entfaltungsmöglichkeiten angelangt ist. Charakteristisch für diesen Staat ist die monopolistische Stellung der Parteien im parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsprozess. Dieses Strukturproblem wurde in der Bundesrepublik Deutschland so lange nicht wahrgenommen, wie die Parteien dank der in der Aufbauphase der Nachkriegsära hinreichend verfügbaren Spielräume in der Lage waren, untereinander um qualitativ unterscheidbare wirtschafts-, sozial-, innen- und außenpolitische Ziele ernsthaft zu konkurrieren. Davon ist aber längst keine Rede mehr. Wenn es einen echten Wettbewerb gibt, zumal zwischen den großen Volksparteien, dann nicht um zukunftsfähige gesellschaftspolitische Alternativen, sondern – unter einem willfährig hingenommenen Globalisierungsdruck – um den Abbau des Sozialstaats und um rückwärtsgewandte ökonomische Strategien. Die wachsende Anzahl von Nichtwählern, die Parteien- und Politikverdrossenheit und die weit verbreitete Volksmeinung „alle Parteien sind gleich, es ändert sich ja doch nichts“ zeigen, wie sehr den Menschen jenes Strukturproblem des Parteienstaates und die daraus entspringende Arroganz der Parteien zu einer spürbaren Last geworden sind.

Die Parteien ihrerseits, die sich ihres kostbaren Privilegs durchaus bewusst sind, ruhen sich, trotz aller von Sorge um die Zukunft der Demokratie und die Gefahren der politischen Lethargie gezeichneten Rhetorik, darauf aus, im Parteienstaat unabkömmlich zu sein, welche Art von Politik sie auch immer verfolgen mögen. Die Konservativen scheuen nicht vor Filz und Finanzskandalen zurück, auch nicht davor, den eigenen Anspruch als Hüter der Tradition und moralischer Werte vollends auf Spiel zu setzen. Und die „Reformparteien“ ziehen sich lieber hinter die Politik der Erhaltung des risikoarmen Weges der „Kontinuität“ zurück, ver-

zichten auf jene substanziellen Reformen, derentwegen sie überhaupt gewählt wurden, und tun sich dort, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, sogar durch ihre Rücksichtslosigkeit hervor, so z.B. die rot-grüne Regierung durch ihre Beteiligung am NATO-Jugoslawien-Krieg. Die rot-grüne Koalition, die im Parteienstaat reformfreudigste aller denkbaren Bündnis-konstellationen, hat das reformwillige Wählerpotenzial hoffentlich ein für allemal desillusioniert und offen gelegt, dass Parteien allein zu den gesellschaftlich dringend anstehenden sozialen und ökologischen Reformen nicht in der Lage sind. Sie sind Gefangene der Strukturdefizite und Dilemmata des Parteienstaates (vgl. zu Kompromiss- und Komplexitätsdilemmata meine Beiträge in: „Blätter“, 6/1995 und „Universitas“, 2/2000). Vor allem deshalb und auch um den neofaschistisch-populistischen Entwicklungen vorzubeugen, steht die Überwindung der monopolistischen Stellung der Parteien auf der Tagesordnung. Plebiszitäre Wege, wie Volksentscheid, stellen eine Möglichkeit dazu dar. Für entschieden besser halte ich jedoch die Öffnung der Parlamente für soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. So wäre es denkbar, dem Volk eine neue Möglichkeit zur Mitwirkung an parlamentarischen Entscheidungen zu eröffnen, das Monopol der Parteien ins Wanken zu bringen und den Parteienstaat insgesamt aufzurütteln.

Dr. Mohssen Massarrat ist Professor am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Klaus Naumann Institutionelle Erosion

Vielleicht wird sich erst im Abstand von einigen Jahren das folgende Bild vom Kontext der CDU-Spendenaffäre, vom „System Kohl“ und von den übrigen Unregelmäßigkeiten des bundesdeutschen „Parteienstaats“ bieten: Was da um die

Jahrhundertwende geschah, war nichts anderes als ein Glied in einer langen Kette, deren Ende in die Vergangenheit zurückreichte. Während der gesamten 90er Jahre war die Bundesrepublik ihrem historisch-politischen Ruf treu geblieben, keine echten Zäsuren, sondern nur Übergänge zu kassen. Nicht nur die Gründung des bundesdeutschen Staatswesens hatte sich schubweise vollzogen, auch der Abschied von der Bonner Republik scheint diesem Rhythmus verpflichtet zu bleiben. Erst kam der „Bang“ von 1989/90 – und in den folgenden Jahren das „Whimpern“, der Katzenjammer angesichts überanstrengter Institutionen, leerer Kassen, überfüllter Arbeitsmärkte und maroder Sicherungssysteme. Umgründung, wenn man so will, geschah still und heimlich. Ohne große Diskussion, und schon gar nicht mit den Mitteln der Verfassungsreform, der parlamentarischen Debatte oder Beschlußfassung (soweit zur Außenseite des „Systems Kohl“). Ob Kriegführung auf dem Balkan oder föderaler Finanzausgleich, ob Rentenkassen oder Treuhandanstalt, einen Unterschied zum Status quo ante, zur Bonner Republik, hat man darin nicht sehen wollen, schließlich galt doch das Grundgesetz weiterhin – oder?

Die Kohl-CDU-Spendenaffäre reißt diesen Horizont des „Weiter so!“ ein wenig weiter auf. Zur aktuellen Problemwahrnehmung gehört sicherlich, in allererster Linie die „parteienstaatlichen“ Fundamente des akuten Skandals in den Blick zu nehmen. Es würde sich dann erweisen, wie sehr die aktuelle „Staatskrise“ an die Fundamente des in Recht, Satzung und Institutionenordnung gegossenen „Parteiensystems“ der alten Bundesrepublik rührt. Wahlforschung wie Parteiensoziologie belehren uns freilich darüber, daß die parteiförmige Gestaltung von Politik längst ihren Grenznutzen erreicht hat. Sinkende Mitgliedeziffern, zurückgehende Wählerzahlen und zerfallende Parteimilieus zeugen davon, daß seit längerem schon ein krasses Mißverhältnis von Repräsentanz und Repräsentierten besteht. Der brachiale Parteientransfer

nach Ostdeutschland hat dieses Dilemma unterstrichen – und obendrein auf die verbandliche und korporatistische Steuerungsebene ausgeweitet. Dennoch funktionieren die Instrumente parteipolitischer Alimentierung und Selbstalimentierung ungebrochen; sie können sich unter dem weiten Mantel einer Verfassungsdeutung in Sicherheit dünken, die aus der grundgesetzlichen Würdigung der Parteien ein „Parteienprivileg“ gemacht hat und aus diesem Geist die Parteien zu „Verfassungsorganen“ adelte. Man darf gespannt sein, wann diese spezielle Variante von Verfassungsschutz im Streit um die von der CDU zu erbringenden Sanktionszahlungen eingeklagt werden wird. Man wird vermutlich nicht zögern, aus dem Privileg eine Bestandsgarantie abzuleiten.

Dies alles sollte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit treten; und doch stellt die parteienstaatliche Problematik nur einen Aspekt des aktuellen Transformationsprozesses der bundesdeutschen Nachkriegsordnung dar. Es wäre viel gewonnen, sähe man im Spendenskandal das Symptom einer institutionellen – von Werten will ich nicht reden – Erosion, die das westdeutsche „Modell“ bereits während der 90er Jahre an seine Funktionsgrenzen geführt hat. In diesem Sinne wäre die Rede von einer Berliner Republik nützlich, um das Zäsurbewußtsein für die anstehenden Reformen an Haupt und Gliedern zu stärken.

Dr. Klaus Naumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hamburger Institut für Sozialforschung.

Claus Offe Ratlos auf einem Berg von Unrat

Wenn heute etwas wirklich ist, das gestern noch als unmöglich galt, und wenn es sich bei dieser überraschenden Wirklichkeit um eine ausgesprochen schlechte

Nachricht handelt – dann ist der Bürger erschrocken und der Politikwissenschaftler in seiner professionellen Kompetenz blamiert. Ja – von dieser Wirklichkeit des finanziellen und moralischen Innenlebens der CDU hätten wir uns alle nicht (alp-)träumen lassen.

Dabei treten nach einer geheimnisvollen Regie dramatische Negativ-Ereignisse häufig paarweise auf. Der Finanzskandal der einen Partei wird begleitet von Korruptionsvorwürfen und –beweisen gegen die andere. Allerdings sind die beiden Regelverletzungen nicht nur nach Schwere, Umfang und Dauer keineswegs gleichzusetzen, sondern folgen auch (wie Isensee gezeigt hat) einer entgegengesetzten Logik. Die Konservativen verwenden privates Geld dazu, sich politisch zu bereichern; die Sozialdemokraten verwenden öffentliche Mittel dazu, sich privat zu bereichern. Auf letzteres reagieren wir mit moralischer Empörung, auf ersteres eher mit politischer Beunruhigung: Könnte es sein, daß politische Entscheidungen und selbst Wahlergebnisse schlicht „gekauft“ sind? Im Vergleich dazu wären als Dienstreisen kaschierte Angelausflüge von Spitzenpolitikern nun wirklich *peanuts*.

Wenn das Gesetz aus Gründen gebrochen wird, die gerade nichts mit dem Vorteil konkreter Akteure (z. B. des Herrn Kanther) zu tun haben, dann läßt das auf tief verwurzelte Feindbilder schließen. Gegen jene Feinde (z. B. die Opposition oder die PDS in den neuen Bundesländern), deren Machtgewinn ein schweres Übel wäre, sind „wir“ machtlos, solange wir uns durch die Gesetze binden lassen. Deshalb befinden „wir“ uns in einer Art von Übergesetzlichem Notstand, der die Illegalität legitimiert. Dem entspricht ein Denken, das auch Kohls Ehrenwort-Possen inspiriert hat, nämlich das Denken in Kategorien von Freundschaft und mafiöser Verschwiegenheit (*omertà*), die höher stehen als alle Gesetzhlichkeit. Wenn es diese Art von Freund- und Feindschaft ist, welche die CDU im Innersten zusammenhält, dann täte man recht daran, diese Partei als einen stinkenden Leichnam zu be-

handeln und aus dem Wege zu schaffen, indem man über sie auch finanziell die Todesstrafe verhängt.

Aber abgesehen davon, daß dies selbst als ein von Feindschaft diktierter Akt bewertet werden könnte, sind auch die Konsequenzen bedenklich. Eine der wichtigen und durchaus begrüßenswerten Leistungen von CDU und CSU besteht ja darin, die nationale Rechte eingebunden und unsichtbar gemacht zu haben, wenn man einmal von den nicht einbindbaren Abstrusitäten am rechten Rand absieht. Auch hier ist ein Doppelergebnis zu registrieren: Just in dem Moment, da die deutsche Christdemokratie personal- und wahlpolitisch implodiert, gelangt in einem Nachbarland das dreiste rechtspopulistische Ressentiment an die Regierungsmacht und schickt sich an, im deutschen Parteiensystem Schule zu machen. Die Christdemokratie hatte den politischen Handlungsraum besetzt, in dem sich nach ihrem Niedergang die Berlusconi- und Haider- breitmachen könnten. Wenn ihr wahlpolitischer Einbruch tief und dauerhaft ist, ergeben sich unwiderstehliche Marktchancen für politische Unternehmer, nach österreichischem Vorbild eine Anti-Parteien-Partei von rechts aufzumachen.

Wenn man deshalb die Folgen einer (Selbst)abschaffung der CDU wohl skeptisch betrachten muß, kann man nur auf die Erneuerung dieser Partei setzen. So etwas gelingt am leichtesten durch Spaltung oder Abspaltung. Aber wo sind die Sollbruchstellen? Die gängigen Vorschläge (Ost/West, Nord/Süd, katholisch/protestantisch, alt/jung, marktliberal/christlich-sozial usw.) führen sämtlich nicht zu plausiblen Szenarios. Die CDU erscheint nicht als spaltbarer Block mit säuberlich unterschiedenen *correnti*, sondern eher wie ein verharzter Klumpen. Außerdem ist das Führungspersonal, das eine Erneuerung in die Hand nehmen könnte, durch die Krise so böse verschlissen und in seinen wahlpolitischen Erfolgchancen ramponiert worden, daß nicht recht erkennbar ist, wer denn da noch initiativ werden könnte. Gewiß, Angela Merkel

hat an Profil gewonnen. Aber wenn für diese Aufgabe sonst nur die Namen Biedenkopf und Herzog halböffentlich gehandelt werden, dann unterstreicht das die Misere mehr als daß es ihr abhelfen könnte.

Zur Zeit wetteifern die Geister um gute Ideen, wie man durch institutionelle Reform der Parteien, Regierungen und ihrer Finanzierungsmodalitäten der Fortsetzung oder Wiederholung von Finanzskandalen vorbeugen könnte. Das alles (z. B. verschärfte finanzielle Publizitätspflichten, Begrenzung von Amtsdauern usw.) käme aber nur dann als Lösung in Betracht, wenn die politischen Eliten zur effektiven Selbstbindung überhaupt typischerweise bereit wären – also dazu, sich selbst auch dann noch loyal an die Regeln zu halten, wenn dies ersichtlich politischen Gegnern nützt oder Gegner im Verdacht stehen, diesen Regeln selbst nicht zu folgen. Wenn und wo diese Bereitschaft fehlt, läuft jede schärfere Regulierung des Parteiwesens die Gefahr, als Herausforderung für den Bau von – gesetzlichen oder ungesetzlichen – Umgehungsstraßen aufgefaßt zu werden: Je härter die Regeln, desto bedenkenloser der Umgang mit ihnen.

Manch einer tröstet sich damit, daß die atemberaubende Serie von Enthüllungen, so schlimm sie für sich genommen sind, doch ein ermutigendes Zeichen dafür sei, daß unsere Demokratie noch zur „Selbstreinigung“ fähig ist. Dazu ist freilich einschränkend zu bemerken, daß die bisher erlebte Ausleuchtung des politischen Untergrundes ja keineswegs „unserer Demokratie“ gutgeschrieben werden kann, sondern nur einer Reihe günstiger Zufälle, die durchaus auch hätten nicht eintreten können (und wohl jahrzehntelang ausgeblieben sind). Außerdem ist es wohl zu früh, von „Reinigung“ zu reden, wo wir doch alle einstweilen nur ratlos auf einem Berg von Unrat sitzen.

Roland Roth Retten, was nicht zu retten ist?

Skandale sind in der Regel konservative Veranstaltungen. Heftige Aufregungen und der tiefe Blick in menschliche und institutionelle „Abgründe“ lösen mehr oder weniger schnell das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung aus, nach dem Status quo ante. Diese Phase scheint auch im aktuellen Fall bereits erreicht zu sein, wenn die Sorge um den Erhalt der CDU die Empörung über die fortgesetzte organisierte Kriminalität und die permanenten Verfassungsbrüche ihrer Spitzenfunktionäre überlagert. Die nun auf den 2. Platz in der Skandaliste der Bundesrepublik zurückzustufende Flick-Affäre bestätigt diese konservative Tendenz, hatte sie doch nach der knapp gescheiterten Selbstamnestierung vor allem die kriminelle Phantasie der Geldbeschaffer beflügelt.

Was wäre nötig, um dieses Mal einen demokratischen Lern- und Reformprozeß auszulösen? Die erste Voraussetzung wäre gesellschaftsanalytischer Tiefgang. Skandalisierung behindert dies unter anderem durch Personalisierung (das „System Kohl“) und durch die Unterstellung, hinter der Abweichung stünde eine intakte Norm. Schurkenstücke aus „Ehrenworten“, Lügen und Rücktritten machen zur „persönlichen Verfehlung“, was System hat(te). Erst wenn die Finanzaffären der CDU und die parallelen, zur Zeit kleiner dimensionierten Skandale der anderen Parteien als Lehrstücke über die realexistierende repräsentive Parteiendemokratie in diesem Lande verstanden werden, gibt es eine Chance für Veränderungen in demokratischer Absicht. Schon die wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür sind hierzulande denkbar schlecht. In der Politikwissenschaft z.B. gibt es nur wenig Interesse an Korruptionsforschung und Parteifinanz. Wo der monetäre Unterbau der Parteipolitik überhaupt interessiert, dominiert eine parteinahe Beratungsperspektive, aus der kein herrschaftskritischer Impuls zu erwarten ist.

Auch auf eine selbstkritische Entschuldigung für die lobhudelnden Beiträge zum 40. bzw. 50. Jahrestag der Bundesrepublik werden wir vergebens warten, von den Autoren der Hagiografien über Kohl & Co. ganz zu schweigen. Dabei sind wir Zeugen einer weiteren dramatischen „Involution“ liberaler Demokratien (die Bundesrepublik ist nur ein Exempel), um einen altmodischen Begriff von Johannes Agnoli aufzunehmen, dessen „Transformation der Demokratie“ leider bislang keine aktuelle Neuauflage erfahren hat. Vom demokratischen Anspruch der Parteienherrschaft bleibt jedenfalls wenig übrig, wenn Normen der innerparteilichen Demokratie, von Transparenz und Öffentlichkeit ernst genommen werden, vom Menetekel der „gekauften Republik“ ganz zu schweigen.

Die zweite Voraussetzung für demokratische Reformen sind Akteure, die sie auch wollen. Davon ist bei den „Altparteien“ ebenso wenig zu spüren wie bei den Bündnisgrünen. Ihre Vorgeschichte macht die PDS auf absehbare Zeit ohnehin zum „häßlichen Entlein“. Die Skandale der Union kamen gerade recht, um vom Elend der rot-grünen Regierung abzulenken (wer hätte vor einem halben Jahr auch nur einen Pflifferling für Schröder/Fischer gegeben). Es geht fast ausschließlich um strategische Vorteile in der Parteienkonkurrenz, nicht um eine Inspektion und Reform der Parteienherrschaft. Daß auch die Bündnisgrünen keine Ausnahme darstellen, liegt nicht nur an ihrer Entwicklung zur „normalen Partei“. Sie waren von Anbeginn in einem Dilemma. Ohne das großzügige deutsche System der Parteienfinanzierung hätten sie sich zumindest nicht so schnell organisatorisch konsolidieren können. Vermutlich gäbe es sie gar nicht mehr, hätten sie nicht nach kurzem Widerstreben in diese „strukturelle Korruption“ eingewilligt.

Aber auch im gesellschaftlichen Raum fehlen gegenwärtig Akteure, die nachhaltig und mit öffentlicher Resonanz auf Demokratisierung drängen. Die „Ära Kohl“ hat die Bürgerbewegungen zerbröseln lassen und die neuen sozialen Bewegungen de-

moralisiert, gerade weil sie eine Fülle von praktischen demokratischen Veränderungsansprüchen vorbrachten, die an der Wagenburg der herrschenden politischen Parteien abprallten. Die mit der Vereinigung mit einiger gesellschaftlicher Resonanz einsetzende Verfassungsdebatte wurde schon 1994 durch bescheidene Retuschen abgewürgt. Die rot-grüne Regierung hat diese Entmutigung noch beschleunigt.

Aber vielleicht löst die Selbstdemontage der demokratischen Ansprüche, die uns alltäglich besonders von der CDU-Prominenz vorgeführt wird, doch noch einen Schock aus. Immerhin sind schon seit zwei Jahrzehnten weit mehr BürgerInnen in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Protesten politisch aktiv als in den Parteien. Vielleicht gelingt es ja, den „repräsentativen Absolutismus“ der Parteien zurückzudrängen und die zivile politische Kultur mit Frischluft zu versorgen. Die demokratische Legitimität des Parteienstaats zeigt ein solches Maß an Verschleiß, daß eine neue Demokratisierungsrunde überfällig ist.

Ein Indikator wird der Umgang mit dem Parteiengesetz sein. Vorschläge gibt es genug: Verbot von Großspenden, strafrechtliche Sanktionen für illegale Spendegeber und -nehmer, gläserne Taschen von Mandatsträgern, Entprivilegierung der Parteien im öffentlichen Raum etc. Der Gesetzgeber (sprich die Parteien) hat sich bislang einen sanktionsarmen Schonraum eingerichtet, der zur Korruption geradezu einlud. Die – von 1953 bis 1994 gänzlich „vergessene“ – rechtliche Ausgestaltung der Abgeordnetenbestechung ist ein Witz, denn sie sanktioniert nur den direkten Stimmenkauf bei einer Entscheidung, aber nicht die kontinuierliche Alimentierung von Abgeordneten im Sinne der „politischen Landschaftspflege“. Die Parteien haben es in eigener Sache am nötigen „institutionellen Rigorismus“ (Claus Offe) fehlen lassen und stehen nicht zuletzt deshalb demokratisch „nackt“ da. Ein Blick auf die Nachbarländer belehrt allerdings, daß wir keineswegs auf dem Tiefpunkt des „government by corruption“ ange-

langt sind, das von der Bevölkerung nur noch mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Zynismus ertragen wird. Umso mehr muß uns daran gelegen sein, die aktuellen Skandale zu einer Stärkung der politischen Bürgerrechte zu nutzen – auch wenn die Chancen denkbar schlecht stehen.

Dr. Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Magdeburg und Co-Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Karen Schönwälder **Erschütternde Stabilität**

Es ist zu früh, um die Konsequenzen dieses Parteienfinanzierungsskandals wirklich abschätzen zu können. Noch sind wir ja damit beschäftigt zu verstehen, was hier eigentlich passiert ist. Wer ohnehin nicht allzu fest an die Ehrlichkeit und Seriosität der CDU (und anderer Parteien) glaubte, war gegen Enttäuschungen gefeit und wird auch nur gedämpfte Empörung empfinden. Ein paar Überraschungen und neue Erkenntnisse gab es aber doch. Da zeigte sich, daß Geheimdienste nicht nur dazu gut sind, bei der Eindämmung des kommunistischen Einflusses in anderen Staaten (Spanien und Portugal) zu helfen, sondern daß in ihren Diensten Netzwerke gebaut werden können, mit denen sich später – siehe Hofer und Kollegen – Millionen einfangen lassen. Da gibt es einen ehemaligen Staatssekretär der CSU, der schon lange polizeilich gesucht wird und – nur wegen solcher Geheimdiensterrufen? – nicht gefunden werden kann, über den man aber kaum redet. Da erweist sich, daß wir sechzehn Jahre lang von einem Kanzler regiert wurden, der nicht nur einen angeblich einflußreichen geistlichen Berater hat, der Satan in der Politik wirken sieht. Es zeigt sich auch, wie er mit Hilfe eines in Verfassung und Parteiengesetz nicht vorgesehenen Machtsystems (und Geld-Zuteilungssystems) regierte, dessen Konturen erst schemenhaft sichtbar werden. Da hat die CDU mit erstaunlicher Dreistigkeit

Flick-Skandal, Parteiengesetz und Urteile des Bundesverfassungsgerichts als lästige Interventionen abgeschüttelt, denen gegenüber es galt, „höhere Werte“ zu sichern, die CDU nämlich und deren finanzielle Überlegenheit im politischen Wettbewerb. Und kaum hat man nun einen Teil der Wahrheit zugegeben, da wird schon wieder mit der gleichen Dreistigkeit die Rettung dieses „höheren Wesens“ eingefordert. Die „CDU Deutschlands“, wie Wolfgang Schäuble sie nur noch nennt – als sei Deutschland ohne diese CDU nicht Deutschland –, dürfe nicht gezwungen werden, die Konsequenzen ihrer Rechtsbrüche zu tragen, ihr müßten hohe Strafen erspart bleiben. Muß die CDU gerettet werden? Ich finde, nein. Denn erstens ist es an der CDU selbst, ihre in der Geschichte der Bundesrepublik natürlich wichtige und vor allem übermächtige Rolle in einer in vieler Hinsicht veränderten Umwelt glaubhaft neu zu bestimmen. Gelänge ihr das nicht, müßte es – wie die relative Marginalisierung der Konservativen in Großbritannien zeigt – zweitens nicht unbedingt ein ernsthaftes Problem für die Zukunft der Bundesrepublik sein. Das wirklich beunruhigende Phänomen aber ist nicht ein drohender Untergang der CDU, sondern ihre noch erstaunliche Stabilität. Von Massenausritten oder wirklich dramatischen Einbrüchen in der WählerInnengunst war bislang nichts zu hören. Läßt sich das konservative Wahlvolk denn alles gefallen? Oder wird es weniger zu einer Krise der CDU als einer weiteren Abwendung relevanter Teile der Bevölkerung von diesem Parteiensystem insgesamt kommen? Denn so wenig Geburtstagsfeiern und Billigflüge mit der systematischen illegalen Parteienfinanzierung der CDU zu vergleichen sind, so könnten sie doch von vielen Menschen im Sinne eines „Die haben doch alle Dreck am Stecken“ verarbeitet werden. Die ja nun wahrlich nicht neue Vertrauenskrise des bundesdeutschen Parteiensystems könnte sich weiter vertiefen. Und fände sich ein deutscher „Haider“, dann könnte er davon profitieren.

Dr. Karen Schönwälder arbeitet als Historikerin in Berlin.

Gesine Schwan Schwere und Chance der Krise

Krisen sind eine Belastung, aber auch eine Chance für die Demokratie. Sie decken Missstände auf und appellieren an die wichtigste Instanz, die es für den Bestand der Demokratie gibt: die Öffentlichkeit. In ihr und an ihr müssen sich demokratische Handlungen bewähren. Sie ist der Ort, an dem sich die Maßstäbe des demokratischen Zusammenlebens klären. Die gegenwärtige Krise der CDU ist von solcher Art. Was in den letzten Wochen zu Tage kam, hat so viele Menschen getroffen und empört, so viele auch ehrlich überrascht, dass sie – hoffentlich! – nicht schnell ad acta gelegt werden kann. Klar ist, dass nicht nur Helmut Kohl, nicht nur einige CDU-Größen gegen das gesetzte Recht, ja gegen die Grundlagen unserer Demokratie verstoßen haben, sondern dass weite Kreise der Parteiführung und des Parteiapparats involviert sind. Aber auch sie agieren nicht als Exoten in unserer Gesellschaft.

Die Heuchelei und der Zynismus, die täglich entdeckt werden, erschrecken aber doch, und sie beziehen sich nicht nur auf vergangene Taten und Zeiten, sondern setzen sich in der Gegenwart fort. Wenn jemand meint, sich als Aufklärer betätigen zu können, dabei gleich wieder lügt und sich dann salopp, gleichsam en passant, ohne ein Zeichen der „Umkehr“ dafür entschuldigt, dann zeigt dies, wie weit sogar – oder vielleicht: gerade – bei Amtsträgern, die doch zu erhöhter Verantwortlichkeit verpflichtet wären, die moralischen und demokratischen Maßstäbe verloren gegangen sind.

Zwar ist es nie verkehrt, nach institutioneller, sprich: gesetzlicher Abhilfe für Missstände zu suchen. Aber wo die grundlegenden Maßstäbe, wo Rechts- und Verantwortungssinn abhanden gekommen sind, haben sie wenig Chancen. Wir können in unserer immer komplizierteren politischen und sozialen Welt immer weniger kontrollieren, sind zunehmend auf Freiwilligkeit vertrauenswürdigen Verhaltens angewiesen.

Oft rümpfen wir in Deutschland und in Europa die Nase über die angebliche Heuchelei oder Naivität der US-Amerikaner, in deren Politik ein Skandal, ein Korruptionsfall nach dem anderen aufgedeckt wird und die doch „unverdrossen“ in der Öffentlichkeit ihre demokratischen Werte hochhalten, so als könnten sie daraus nichts lernen über die Verderbtheit der menschlichen Natur. Aber vielleicht lernen sie, indem sie weiter scheinbar naiv ihre Werte proklamieren, ganz gleich wie die Realität sie „dementiert“, das Richtige: nämlich die Kluft zwischen den Werten und der politischen Wirklichkeit nicht einzuebnen, sondern auszuhalten und immer erneut auf die Einhaltung der Werte sowohl zu hoffen als auch zu pochen, um nicht in einen öffentlichen destruktiven Zynismus zu verfallen.

Natürlich gibt es auch in den USA viele Zyniker. Aber man verwehrt dem Zynismus durch den immer erneut offensiv vortragenen Idealismus, der viele Europäer unerträglich naiv anmutet, seine öffentliche Zulässigkeit. Im 55. Artikel der „Federalist Papers“ schreibt James Madison: „Ebenso wie Schlechtigkeit unter den Menschen existiert, die ein gewisses Maß an Vorsicht und Mißtrauen erforderlich macht, so hat die menschliche Natur auch andere Eigenschaften, die ein gewisses Maß an Achtung und Vertrauen rechtfertigen. Das republikanische Regierungssystem geht von der Existenz dieser Eigenschaften in höherem Maß aus als jede andere Regierungsform. Wenn die Bilder, die das politische Mißtrauen einiger Mitbürger gezeichnet hat, getreue Abbilder der menschlichen Natur wären, müßte man daraus schließen, daß es unter den Menschen nicht genügend Tugend gibt, als daß sie sich selber regieren könnten, und daß allein die Ketten des Despotismus sie davon abhalten können, sich gegenseitig zu vernichten und zu verschlingen.“ (Hamilton/Madison/Jay, Die Federalist-Artikel, hg., übersetzt, eingel. und kommentiert von Angela Adams und Willi Paul Adams, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, S.340f.)

Vielleicht haben wir die falsche Lektion gelernt, wenn wir, mit Blick auf Weimar,

unterstreichen, dass man an die Demokratie nicht zu hohe moralische Anforderungen stellen dürfe, um sie vor dem Verfall aus der Enttäuschung der Bürger zu bewahren, und weil die menschliche Natur nun einmal so sei wie sie sei. Die gleichgültige Akzeptanz von Lüge und Korruption bekräftigt und verstärkt sie nämlich. Vielleicht müssen wir statt dessen lernen, dass die Demokratie zwar keineswegs die Moral sichert, aber trotz unserer Fehlbarkeit, ja ihretwegen, doch erhebliche Ansprüche an uns stellt und wir sie verspielen können, wenn wir uns einfach auf eine nun einmal korrupte menschliche Natur zurückziehen

Die gegenwärtige Krise der CDU bietet uns allen die Chance zu einem Neuanfang. Übrigens auch in der innerdeutschen Vereinigung: Es bedeutet für viele Ostdeutsche eine entlastende Erfahrung, wenn Westdeutsche vom hohen Ross ihrer demokratischen Überlegenheit herabsteigen müssen. Mit der Offenlegung der Missstände, mit dem Abtritt noch so vieler verwickelter Personen, selbst mit einer Anklage Helmut Kohls ist es allerdings nicht getan. Einen Zusammenbruch der CDU wünscht sich im übrigen kein vernünftiger Bürger.

Wenn wir aber nicht gleich wieder zur Tagesordnung übergehen, wie es manche Politiker aus taktisch verständlichen Gründen nun schon fordern, sondern aus diesem Anlass einsehen, wie unverzichtbar die Verständigung über unsere gemeinsamen moralischen und demokratischen Maßstäbe für den Fortbestand eines freiheitlichen Zusammenlebens und damit für unsere Demokratie ist, und wenn wir diese Maßstäbe dann auch so ernst nehmen, dass wir sie an unser eigenes und an das öffentliche Verhalten anlegen, dann haben wir die Chance ergriffen. Sonst droht uns ein untergründig zersetzender Vertrauensschwund, in dessen Folge unsere Demokratie bedrohlichen Dauerschaden nehmen würde.

Dr. Gesine Schwan ist Professorin für Politikwissenschaft und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt a. d. Oder.

Jürgen Seifert Die Grauzonen im Parteiengesetz waren gewollt

Der Finanzskandal braucht nicht mehr beschrieben zu werden. Das Übersenden der Aussageprotokolle an den Staatsanwalt bestätigt die Hilflosigkeit der Agierenden in der Union. Sowohl Helmut Kohl als auch seinen früheren Gehilfen in den Finanzangelegenheiten der CDU geht es jetzt um spezifische, je eigene Verteidigungsstrategien im Blick auf eine mögliche Anklage.

In einer solchen Situation rückt das Parteiengesetz von 1994 (PartG) ins Zentrum des Interesses. Unbestritten ist, dass die von Kohl angenommenen Spenden entweder rechtswidrig erlangt oder nicht unter Nennung der Spender im Rechenschaftsbericht (§ 23 Abs. 1 u. 2 PartG) aufgeführt worden sind und dass die CDU den Anspruch auf staatliche Mittel in Höhe des Zweifachen dieser Beträge verliert. Die Staatsanwaltschaft geht bei ihren Ermittlungen offenbar von einem solchen Vermögensschaden für die Union aus. Doch der Präsident des Deutschen Bundestages muß die Kürzung der Zuweisung öffentlicher Mittel zunächst vornehmen.

Diese gesetzliche Regelung im Parteiengesetz wäre ohne den Druck des Bundesverfassungsgerichts nicht zustande gekommen. Doch an einer breiten öffentlichen Kritik hat es 1994 gefehlt, als Union und FDP (mit der SPD) ein Gesetz verabschiedeten, das ihren Interessen weitgehend entsprach. Drei Beispiele:

1. § 23 Abs. 1 PartG legt ausdrücklich fest, dass der „Vorstand“ der Partei „über die Herkunft und Verwendung der Mittel ... öffentlich Rechenschaft zu geben“ hat; aber durch § 37 PartG wurde die persönliche Haftung, die sonst im Vereinsrecht gilt, generell ausgeschlossen (also selbst für Schatzkanzler und Parteivorsitzende).

2. § 25 Abs. 1 Satz 2 PartG schreibt fest, welche Spenden nicht angenommen werden dürfen und nach § 23a als rechtswidrig erlangte Spenden an den Bundestagspräsidenten abzuführen sind. In dieser Bestimmung heißt es in Abs. 2, dass Spenden über 20 000 DM „unter Angabe des Namens

und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe“ im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen sind. Doch Spenden ohne „Anschrift des Spenders“, die diesen Betrag übersteigen (Beispiele: Spenden an Kohl und Schäuble), werden nicht ausdrücklich als „rechtswidrig erlangte Spenden“ bezeichnet. Auch persönliche Haftung ist nicht vorgesehen. Vermutlich sollte die Möglichkeit, solche Gelder als „sonstige Einnahmen“ zu verbuchen, nicht konsequent ausgeschlossen werden.

3. Eine versteckte Regelung in § 27 Abs. 2 Satz 2 PartG legt schließlich fest, dass sonstige Einnahmen im Rechenschaftsbericht nicht „aufzugliedern und zu erläutern“ sind, wenn sie unter „fünf von Hundert“ derjenigen der Gesamtpartei ausmachen. Da die jährlichen Gesamteinnahmen der CDU mit etwa 250 Millionen angegeben werden, bot diese Bestimmung Chancen, solche Gelder nicht aufzulisten.

Die Urheber solcher Bestimmungen haben es auf diese Weise lange Zeit vermocht – so kann man im Nachhinein feststellen –, die von Kohl beschriebene Spendenpraxis von dem offenkundigen Makel „rechtswidrig erlangte Spenden“ frei zu halten. Doch der Rechtsbruch wird dadurch nicht geheilt, die finanzielle Haftung der Partei dadurch nicht aufgehoben. Gerade diese von Anfang an einkalkulierte Grauzone, hat wesentlich dazu beigetragen, dass Helmut Kohl außerhalb des Rechenschaftsberichts schwarze Kassen anlegen ließ, über die er frei, d. h. ohne irgendwelche Kontrolle verfügte. Wenn Helmut Kohl dabei ohne Unrechtsbewusstsein gewesen wäre, hätte er gewusst, dass ein solches System der „schwarzen Kassen“ angesichts der Geldmengen, um die es geht, spezifischer Sicherungen und besonderer Kontrolle bedarf. Er wollte diese Gelder im Sinne eines Parteiinteresses nutzen, das er selbst bestimmte, und setzte deshalb auf „persönliches Vertrauen“. Noch ist nicht erwiesen, ob Schatzmeister Walther Leisler Kiep, Generalbevollmächtigter Hans Uwe Lühje und Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch sich strafbar gemacht haben. Doch wenn die Selbstbelastungen richtig sind, dass Millionenbeträge zwischen diesen

Personen „aufgeteilt“ wurden, dann ist Helmut Kohl mit seinem System des einkalkulierten Rechtsbruchs auf der Grundlage von Vertrauen und Ehrenwort dafür nicht nur moralisch mitverantwortlich.

Dr. Jürgen Seifert, Jurist und Politikwissenschaftler, ist emeritierter Professor an der Universität Hannover.

Kurt Sontheimer **Die Kontinuität dominiert**

1. Die CDU ist nur vorübergehend in Schwierigkeiten, sie ist nicht bedroht, geschweige denn in der Situation der *Democrazia Cristiana*.

2. Kohl ist zu einer Belastung für die CDU geworden, die ihm keine Zukunft in der Partei mehr eröffnet.

3. Zwar ist Bundespräsident Rau in der Flugaffäre selbst angeschlagen, aber zu Unrecht. Man ist in dieser Sache (dank der Ablenkung seitens der Opposition) übermäßig puristisch (Trennung von Partei- und Staatsverpflichtungen).

4. Daß Geld die Hessenwahl entschieden hat, läßt sich nicht beweisen. Die Wahl wird gültig bleiben.

5. Der Parteienstaat ist zu mächtig und ausufernd, aber er wird sich nur wenig verändern lassen. Die Affären sind gleichwohl hilfreich für größere kritische Wachsamkeit in der Zukunft.

6. Es wird und soll keinen Bruch mit Bonn geben. Die Kontinuität dominiert.

Dr. Kurt Sontheimer ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaften an der Universität München.

Ilse Staff **Finanzielle Sanktionen** **reichen nicht**

Der sogenannte „Spendenskandal“ besteht darin, daß die CDU sowohl auf Bun-

desebene als auch auf (hessischer) Landesebene Millionenbeträge für ihre parteipolitischen Zwecke eingesetzt hat, ohne daß die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben eingehalten worden wären.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie; alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (Art. 20 Abs.1 und 2 GG). Dies bedeutet, daß jeder Bürger der Bundesrepublik die gleiche Chance haben muß, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen und damit seine Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren, um ihre Berücksichtigung bei den Entscheidungen staatlicher Organe zu erreichen zu versuchen. Gemäß Art. 21 Abs. 1 GG wirken die politischen Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

In der Realität haben die politischen Parteien weithin eine Handlungsdominanz erreicht, die in der Kennzeichnung moderner Demokratien als „Parteienstaaten“ ihren präzisen Ausdruck findet. Dies läßt sich angesichts der zunehmenden Komplexität gesellschaftlicher Konflikte bestenfalls solange hinnehmen, als die politischen Parteien ihrerseits die Demokratieprinzipien einhalten und den politischen Willensbildungsprozeß nicht verzerrten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und das Parteiengesetz enthalten eindeutige Bestimmungen, die derartige Verzerrungen verhindern sollen:

1. Gemäß Art. 21 Abs. 1 Satz 4 GG müssen die politischen Parteien „über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“. Diese Vorschrift stellt unmittelbar geltendes Recht dar, hat also Bindungswirkung für alle politischen Parteien. Sie bezweckt durch Transparenz der Parteienfinanzierung die Integrität des demokratischen Willensbildungsprozesses zu garantieren. Soweit Spenden an politische Parteien durch das Parteiengesetz erlaubt werden, sind sie im Rechenschaftsbericht der Partei auszuweisen. (§ 24 Abs. 1 und 2 PartG), wobei bei Spenden, deren Gesamtwert in einem Rechnungsjahr 20 000 DM überschreitet, Name, Anschrift und Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu ver-

zeichnen sind (§ 25 Abs. 2 PartG). Erreicht werden soll durch diese Regelung, daß für jeden Bürger erkennbar wird, welche ökonomisch oder sozial relevanten Kräfte eine bestimmte politische Partei stützen und welche politischen Folgerungen daraus zu ziehen sind.

2. Eine Bindung der politischen Parteien an die Demokratieprinzipien bezweckt auch Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG: ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen, d.h. die einer politischen Partei zugehörigen Bürger müssen gleichberechtigt über die politischen Zielbestimmungen und die zu ihrer Erreichung eingesetzten politischen und finanziellen Mittel mitbestimmen können.

Die CDU hat auf Bundesebene und auf (hessischer) Landesebene die genannten Bestimmungen mißachtet und damit gegen Verfassung und Gesetz verstoßen. Die Nichtaufnahme von Millionenbeträgen in die Rechenschaftsberichte, die Unterhaltung von verschwiegenen sogenannten „Treuhanderkonten“ im In- und Ausland, die damit einhergehende Verdunkelung der Herkunft von Geldmitteln und die willkürliche Verfügung über Millionen durch CDU-Vorsitzende und CDU-Schatzmeister sind gemäß Art. 21 Abs. 1 Satz 3 und 4 GG verfassungswidrig. Bereits der am 20. Januar 2000 erstattete Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die beim Bankhaus Georg Hauck in Frankfurt am Main in den Jahren 1993 bis 1998 geführten Treuhanderkonten der CDU (Abdruck in der FAZ vom 26. 1. 2000) beweist ein gegenüber der Öffentlichkeit abgeschottetes System, in dem Spitzenfunktionäre der CDU ohne Beachtung auch nur der einfachsten buchhalterischen, geschweige denn demokratischen Grundsätze beliebige finanzielle (und damit politische) Entscheidungen getroffen haben. Auffällig ist dabei die subjektive Komponente, die sich in einer antidemokratischen, autokratischen Gesinnung von CDU-Vorsitzenden und CDU-Schatzmeistern ausdrückt. Ihr nachdrücklichster Beweis liegt im Verhalten des ehemaligen Bundeskanzlers

Kohl, der sich unter Berufung auf sein „Ehrenwort“ weigert, die Namen von Spendern zu benennen, zu deren Offenbarung er durch Verfassung und Parteiengesetz verpflichtet ist. Subjektive Ehrvorstellungen, die einer demokratischen Verfassung konträr entgegenstehen, bei politischen Entscheidungen als oberste Handlungsmaxime anzusehen, entspricht dem Verhaltensmodus von Potentaten, denen jegliches Demokratieverständnis zutiefst fremd geblieben ist.

Weil der CDU-Spendenskandal eine unzureichende Verankerung demokratischer Prinzipien im Bewußtsein der Handelnden deutlich macht (und – wie Kohls ungebrochene Akzeptanz durch Hamburger und Bremer Wirtschaftskreise beweist – nicht nur der Handelnden, sondern auch eines Teils der bundesrepublikanischen Bürger), können seine Konsequenzen nicht ausschließlich in den finanziellen Sanktionen bestehen, die § 23a PartG vorsieht. Die politischen Parteien sind in einem Flächenstaat wie der Bundesrepublik bei der Artikulation entscheidungserheblicher sozialer Konflikte unverzichtbar. Der Aufrechterhaltung eines demokratischen Rechtsstaats dienen sie allerdings nur, soweit sie ihrer gesellschaftlichen Funktion einer Mitwirkung bei der politischen Willensbildung gerecht werden und dabei die von der Verfassung vorgesehenen demokratischen Verfahren respektieren und nicht ignorieren.

Angesichts der derzeitigen Situation, in der die notwendige Selbstkontrolle der politischen Parteien nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, erscheint es angemessen, eine parteipolitisch neutrale Instanz zur Kontrolle des Finanzgebarens der politischen Parteien einzusetzen. Zu denken ist an den Bundesrechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit genießen (Art. 114 Abs. 2 GG) und die die politischen Parteien im finanziellen Bereich im Hinblick auf die Einhaltung von Verfassung und Gesetz überwachen könnten.

Dr. Ilse Staff ist emeritierte Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt a. M.

Gerhard Stuby Ein Blick ins Grundgesetz

„Staats- und Gesellschaftskrise“ (Wilhelm Hennis, „Der Spiegel“, 5/2000) oder „Momentanes Ärgernis, aber kein grundsätzliches Übel“ (Hans H. Klein, FAZ, 14.1.2000)? Bietet zwischen diesen Gefühlsschwankungen ein (möglichst kohlenstaubter und schröderentpuderter) Blick ins Grundgesetz mehr Aufschluß? „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit.“ (Art. 21 Abs. 1 S.1) Die Rede ist von Parteien, weder von CDU noch von SPD. Sie sollen „mitwirken“. Es gibt also noch andere: mannigfaltige gesellschaftliche Gruppierungen (Art. 9) oder z.B. die Medien (Art. 5 Abs. 1 S. 2). Die vier Mütter und Väter des ursprünglichen Bonner Grundgesetzes hoben die Parteien heraus, nicht um ihnen das Tor zu den Staatsfinanzen zu öffnen, sondern um sie besonders zu verpflichten.

„Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ (Abs. 1 S. 3) Soll darunter ein wie immer gearteter Willensbildungsprozeß von unten nach oben und eine Kontrolle derer „da oben“ durch „die da unten“ (Demokratie) verstanden werden, so kann es bei 670 000 am Verfassungsbruch ihres „charismatischen Führers“ (Max Weber) „unschuldigen“ Mitgliedern in der CDU mit diesen Anforderungen nicht so weit her sein. Die Feststellung beinhaltet kein Lob für andere Parteien.

„Sie müssen über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“ (Abs. 1 S. 4) Sind die Regelungen des Parteiengesetzes ineffektiv? Jeder Tag bringt neue Vorschläge: Spenden verbieten, staatliche Finanzierung erhöhen, Strafbewehrung, Amtsperioden verkürzen etc. Saftiger „Schadensersatz“, wie das Parteiengesetz es vorsieht, mit möglichen Regreßforderungen der betroffenen Partei gegenüber den Verantwortlichen, ist kein Pappenstiel. Das Problem besteht offensichtlich nicht in der Sanktion, sondern im Bewußtsein derjenigen, die die (selbst gesetzte) Norm brechen. Sie fühlen sich sicher. Denn die

Kontrolle üben sie auf jeder Ebene selbst aus, der kleine Kreis nämlich der innerparteilichen und zwischenparteilichen Oligarchie (Robert Michels). Die staatlichen Apparate – und damit auch die Rechenschaftslegung nach dem Parteiengesetz – sind weitgehend in seiner Hand.

Die Herkunft der Spenden läßt sich zudem nur insoweit den Rechenschaftsberichten entnehmen, als mit ihnen der staatliche Finanzzufluß erhöht werden kann. Insofern gibt es – staatlich – nichts zu kontrollieren. Was vom privaten Geldstrom außen vor bleibt – die Großspenden nämlich –, fördern gezielte Intrigen gegenüber den mehr an „Schnäppchen“ als an Information interessierten Medien, der Zufall und anderes zutage, nicht aber staatliche Kontrolle.

Von der Parteimitgliedschaft braucht die Oligarchie nichts zu befürchten. Staatliche Finanzierung hat längst die (innerparteilichen) Kontrollnerven anästhesiert, die Parteien von den Großspenden mitnichten unabhängiger gemacht, wie das Bundesverfassungsgericht nach seiner letzten Wende im Urteil vom 9. 4. 1992 (BVerfGE 85, 264) meint. Vielmehr ist die eh prekäre Möglichkeit öffentlicher Rechenschaftslegung in einer Gesellschaftsordnung vollends konterkariert, die „private“ grenzüberschreitende (inzwischen globalisierte) geballte Wirtschaftsmacht „hilflos“ (Art. 14, 15 GG) hinnimmt. Der den Bonner Gründern vorschwebende Typus der aktiven Mitgliederpartei – sie ist der verfassungsrechtliche Bezugspunkt und die Gewähr öffentlicher Rechenschaftslegung, nicht der Staatsapparat – ist strukturell ausgehebelt. Wo und wie Geld als (undemokratische) wirtschaftliche Macht politisch wirkt, legal (Art. 14, 9 Abs. 3) und illegal, kann weder vom Parteimitglied noch vom Bürger wahrgenommen, geschweige denn kontrolliert werden. Für sie gibt's dieselbe „veröffentliche“ Information in den Parteien und in den Medien, dort zusätzlich eitles Gefühl der „Mitwirkung“ für Talk-Show-Aktivisten. Sie beschwören Charakterstärke und Gesetzestreue der Parteioligarchen und staatliches Totpflegen

der Restbestände möglichen innerparteilichen Widerstandes.

Das alte Bonner Grundgesetz mißtraute dem „staatlichen Gärtner“ – „Ihre (der Parteien) Gründung ist frei“ (Art. 21 Abs. 1 S. 2 GG) – und vertraute, zaghaft gewiß, auf die innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie (nachzulesen bei Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder). Überholt? Diese altlinken, hausbackenen Anforderungen – passé für die postmoderne Berliner Republik mit „großzügiger“ Zwangsarbeiterentschädigung, Holocaustdenkmal und Gauckbehörde?

Dr. Gerhard Stuby ist emeritierter Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen.

Bodo Zeuner Die Krise ist eine andere Geschichte

Natürlich bedeutet die Spenden- und Kontenaffäre der CDU keine Staatskrise, nicht einmal eine Krise des Parteienstaats. Wir sind nicht im Italien der Craxis und Andreottis.

Der Staat und die Geltung und Einhaltung seiner Gesetze sind im Großen und Ganzen ein ziemlich hoch gehaltener Wert in Deutschland, wie die einhellige Empörung über Kohls Anspruch, *legibus absolutus* zu sein, demonstriert. Die CDU-Skandale bedeuten auch keine Krise des Parteiensystems. Trotz aller Parteienverdrossenheit propagiert niemand in Deutschland ernsthaft eine Alternativlösung zur Artikulation der Volkssouveränität durch die Wahl zwischen Parteien. Vielleicht wird die CDU-Affäre ein wenig zur Amerikanisierung und massenmedialen Personalisierung der Parteienkonkurrenz beitragen – aber diese Tendenz gibt es ohnehin. Die gegenwärtige Affäre enthält auch entgegenwirkende Momente: Wer möchte schon Verhältnisse, bei denen, wie in den USA, nur die Reichen oder

die von Reichen gesponserten Politiker Wahlchancen haben?

Es ist also nicht mehr und nicht weniger als eine schwere Krise der CDU. Krise ist wörtlich gemeint: Es besteht die Gefahr des Untergangs, aber auch die Chance der Katharsis und des Neuanfangs. Im schlimmsten Falle wird die CDU in mehreren Etappen durch Wahlniederlagen und Abspaltungen so reduziert werden, dass am Ende ein aus mehreren Parteien bestehendes bürgerliches Lager entsteht, vielleicht mit einer radikal wirtschaftsliberal angereicherten FDP als Partei der Unternehmer und der Besserverdienenden, einer christlich-sozialen und einer national-konservativen Partei, bei der die Grenzen zu rechtsradikalen Populisten, wie jetzt schon bei der CSU, fließend sind. Dergleichen existiert bereits in vielen kleineren westeuropäischen Staaten und wäre noch keine Katastrophe. Der Status der CDU (und genauso der SPD) als „Volkspartei“ mit dem Anspruch auf über 30, wenn nicht 40% der Parlamentssitze hat keinen Verfassungsrang.

Eine Krise des Parteienstaats drohte, wenn über die SPD dasselbe an den Tag käme wie jetzt über die CDU: kriminelle Umgehung von Gesetzen mit dem Ziel, der eigenen Partei Konkurrenzvorteile zu sichern, Steuerung innerparteilicher Kräfteverhältnisse durch geheime Geldströme, schließlich Korruption (bisher bei der CDU nur der Verdacht) als Beeinflussung von Einzelentscheidungen der Regierung durch Parteispenden. Dies scheint mir derzeit vor allem deshalb unwahrscheinlich, weil sicherlich in den Medien und Parteizentralen gut bezahlte Rechercheure an dem SPD-Thema seit längerem arbeiten und dennoch bisher kaum ein Entlastungsangriff für die CDU zustande kam. Die nordrhein-westfälische Jet-Affäre zählt da selbstverständlich nicht: Das ist nur der übliche SPD-Filz, den man auch aus anderen Ländern kennt. Dieser Filz verwischt die Grenzen zwischen privaten, parteipolitischen und staatlichen Tätigkeiten und Ämtern und begünstigt systematisch die Vorteilsnahme von Amtsträgern. Große Teile der NRW-SPD, aber

auch, wie Erwin Scheuch gezeigt hat, z.B. die Kölner CDU, stehen für dieses Filz-System, das bei Aufklärungsaktionen regelmäßig die Befragten zu Vertuschungen, Halbwahrheiten und Lügen verleitet. Johannes Rau steckt da mit drin. Solange ihm selber keine Lüge nachgewiesen wird, muss er nicht zurücktreten. Aber er hat seine moralische Autorität als Mahner und Anreger eingebüßt. Da diese Autorität das einzige politische Kapital eines Bundespräsidenten ist, müsste er eigentlich selber, Moralist, der er ist, eine weitere Amtsausübung für eine Qual halten. Aber damit ist das mafiöse, geheime Kohl-System noch lange nicht dasselbe wie das auf dem meist sogar öffentlichen Austausch von kleinen Gefälligkeiten beruhende Rau-System.

Im übrigen gibt es natürlich eine Staats-, eine Parteien- und eine Demokratiekrise in Deutschland. Aber das ist eine andere Geschichte: Die Macht der Konzerne und die unkontrollierbaren Gesetze des Weltfinanzmarkts hebeln die staatliche Souveränität und damit auch die demokratische Volkssouveränität aus und machen den Parteienwettbewerb zu einer Farce, zu einem Einschaltquoten-Wettkampf jenseits von deliberativer Demokratie. Politiker brauchen in diesem System nicht mehr eigens bestochen zu werden, um auf der Seite der Wirtschaft zu stehen und deren Interessen zu besorgen. Das tun sie fast allesamt ohnehin. Die rot-grüne Regierung hat uns das vorgeführt – nicht nur mit ihren Steuergeschenken für Unternehmer, sondern vor allem auch mit ihrem unermüdlichen Einsatz für den Schutz deutscher Nazinachfolgerfirmen vor den Forderungen ihrer Opfer. Für die Bestechung von einzelnen

Politikern oder Parteien gibt es in diesem System nur dann noch Anlass, wenn bestimmte Konzerne gegeneinander um staatliche Aufträge, Subventionen und Verschonungen von Sanktionen konkurrieren. Kanzler Schröder scheint aber für seinen prompten Gehorsam bei der EU-Auto-Recycling-Verordnung dem VW-Chef Piëch nicht einmal eine Spende für die SPD abverlangt zu haben. War das nun besonders dumm oder besonders schlau? Oder weiß man nur noch nicht genug darüber? Wahrscheinlich scheint mir, dass der Automann Schröder aus Überzeugung gehandelt hat, also keines besonderen Schmierdienstes bedurfte. So ähnlich ließe sich auch erklären, dass die gesamte Presse, also auch eher rechte Blätter wie „Bild“, „Welt“ und FAZ, gleichermaßen zerstörerisch über die CDU herfällt. Zu Zeiten von Adenauer und Strauß hätten sich die C-Parteien noch viel größere Skandale erlauben können (und haben es auch), ohne dass sie so gnadenlos von einem Unisono-Chor der Medien in die Enge getrieben worden wären wie jetzt die CDU. Ist also die demokratische Kontrollfähigkeit der „vierten Gewalt“ in Deutschland gewachsen, wie dies Journalisten gern selbstlobend hervorheben? Mir kommt da ein anderer Verdacht: Die Reichen und wirtschaftlich Mächtigen, die einen großen Teil der meinungsprägenden Medien beherrschen, brauchen die CDU nicht mehr so sehr. Mit Schröder, Eichel und Fischer haben sie derzeit eine kostengünstigere Lösung für ihr Regierungsproblem gefunden.

Bodo Zeuner ist Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin.

Die Insel im Internet
www.blaetter.de

